

# Deutsche Rundschau

## in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 8 zl., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Heraus-Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Kettenteil 12.5 gr. Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrikt u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offerenzettel 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. **Postleistungskosten:** Polen 202.157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 19

Bromberg, Donnerstag, den 25. Januar 1934

58. Jahrg.

## Die Politik Mussolinis.

Zwischen Balkan, Wien, Paris und Berlin.

Der Traum des Staatsmannes Mussolini war es, der Schiedsrichter Europas zu sein. Je schwieriger die Verständigung der anderen großen Mächte des Erdteils auf direktem Wege wurde, weil zuviel Argwohn und zuviel Hemmungen auf den Wegen von Kabinett zu Kabinett lagen, desto aussichtsvoller schien es, die guten Dienste Italiens anzubieten und mit dem eigenen Schwergewicht die Entwicklung der Dinge in eine Richtung zu zwingen, die den besonderen politischen Zielen Roms förderlich war. Der letzte klüne Versuch Mussolinis, seine eigene Schiedsrichterrolle sozusagen organisatorisch in der europäischen Mächtegruppierung zu verankern, war die Lancierung des Plans für den Viermächtepakt. In diesem kleinen Gremium, das diejenigen, die es von vornherein diskreditierten und damit sein Zustandekommen verhindern wollten, das Direktorium Europas nannen, wäre das Gewicht der italienischen Stimme zweifellos gegenüber den bisherigen internationalen Gruppierungen noch gewachsen.

Der Viermächtepakt ist zwar unterzeichnet worden, sein Text wurde aber von Frankreich umredigiert, und das Gebilde, das durch ihn entstand, trägt wesentlich andere Gesichtszüge als diejenigen, die Mussolini ihm geben wollte. Daß dieser Pakt bisher noch nicht ein einziges Mal in Wirklichkeit trat, obwohl die politischen Debatten Europas von den Fragen widerhallten, zu deren Löfung er gerade geschaffen werden sollte, ist kennzeichnend dafür, daß er im Grunde ein papierenes Instrument ohne innere lebendige Kraft geworden ist. Nach einer Seite hin allerdings hat er unmittelbare politische Wirkungen ausgeübt, von denen man freilich nicht sagen kann, daß sie im Sinne seines Schöpfers gelegen haben. Als der Plan auftauchte, hat niemand lebhafter ihm widersprochen als die Staaten der Kleinen Entente und Polen. Sie fürchteten, in die zweite Linie der europäischen Politik zurückgedrängt zu werden, wenn die Führung an die vier Großmächte in aller Form übergehen sollte. Man schritt rasch zur Gegenwehr, erweiterte und verstärkte das Gebilde der Kleinen Entente, das schon durch die Konvention von Genf in eine Form gegossen worden war, von der die beteiligten Staaten sagten, daß damit eine neue europäische Großmacht geschaffen worden sei. Das engmaschige System von Sicherheits- und Nichtangriffspakt, die in den Monaten nach der Unterzeichnung des Viermächtepaktes zwischen den ost- und südosteuropäischen Staaten abgeschlossen wurde, ist die unmittelbare Antwort auf die von Mussolini inaugurierte Politik.

Wenn es noch einer Unterstreichung der darin dokumentierten Ablehnung gegen seine Gedankengänge bedürft hätte, so ist sie in dem zwischen Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei vorbereiteten und demnächst voraussichtlich zur Unterzeichnung kommenden Balkanpakt gegeben. Als Herr Maximos, der griechische Außenminister, kürzlich in Rom war, und dem italienischen Regierungschef die Grundlinien dieses Paktes zur Kenntnis brachte, hat er das gewiß nicht getan, um seine Genehmigung einzuholen, sondern um ihm die weitere Verfestigung Südosteuropas und seine Herauslösung aus den zwischen den Westmächten gesponnenen Fäden zu notifizieren. Auf der Linie der von Mussolini verfolgten, auf eine Revision der durch die Friedensverträge auch im Süden geschaffenen Verhältnisse abzielenden Politik liegt dieser Pakt nicht, und wenn inzwischen bekannt wurde, daß der rumänisch-italienische Freundschaftsvertrag, der jetzt läuft, nicht erneuert wird, so ist auch das ein Zeichen dafür, daß die Neuorientierung des europäischen Südostens von Rom, das sich dort gern eine besondere Interessendomäne geschaffen hätte, abführt.

Augenblicklich steht Österreich im Brennpunkt der Politik Mussolinis. Man muß in der Bewertung des Besuches von Suvich in Wien sehr vorsichtig sein. Die österreichische Presse gibt sich alle Mühe, in ihm eine Stärkung des Regimes Dollfuß zu erblicken und in dem wortreichen Kommentar, den Herrn Suvich vor seiner Abreise in einer Pressekonferenz zum Zweck und Ergebnis seines Besuches gab, wird mancherlei gesagt, was Herr Dollfuß im Sinne der Rechtfertigung seiner Politik verwenden wird. Aber man darf doch die Augen dagegen nicht verschließen, daß die innerpolitische Stellung von Dollfuß schwächer ist denn je, daß er sich nur auf eine Minderheit der Bevölkerung zu stützen vermag und daß die Schätzungen der Stärke der nationalsozialistischen Opposition mindestens auf 40, zum Teil aber auf sogar 60 Prozent lauten. Die Machtreserve, die das Regime in den Heimwehren hat, erscheint nach den jüngsten Vorgängen um Alberthi, der behauptet hat, im Auftrage Starhembergs mit den Nationalsozialisten verhandelt zu haben, reichlich problematisch. Die österreichische Politik Mussolinis, von der ja immer wieder behauptet wird, sie decke sich in der grundsätzlichen Forderung nach Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs mit der französischen, ist aber ganz und gar auf Dollfuß, diesen unsichersten Faktor der kommenden Dinge, abgestellt.

Dabei muß gesagt werden, daß ein persönliches Bekennnis des Ducz zu ihm niemals abgegeben wurde. Es ist in die Dinge hineininterpretiert worden. Will Mussolini selbst sich die Entscheidung im letzten Augenblick doch noch vorbehalten?

Oder schent er eine klare eindeutige Entscheidung? Genau wie er in der Abrüstungsfrage, dem Gegenstand der deutsch-französischen Kontroversen, um eine wirklich klare und entscheidende Stellungnahme, die, wenn sie erfolgte, die Dinge zweifellos in einer bestimmten Richtung vorwärts treiben würde, herumzukommen versucht. Man soll die Leitartikel der italienischen Presse nicht überschätzen. Politische Taten werden nicht in ihnen, sondern in den vertraulichen Unterredungen innerhalb der Staatskanzleien gefaßt. Mussolini unterstützt die deutschen Forderungen zweifellos so weit, wie ihm das angebracht scheint, um die unerträgliche Hegemonie Frankreichs zu

beseitigen. Aber er wünscht nicht vor eine Entscheidung im Sinne eines Entweder-Oder gestellt zu werden. Sicher ist, daß er Abrüstung will, weil Italien eine neue Periode des Rüstungswettstreits finanziell nicht vertragen dürfte. Aber die unbedingte Durchsetzung dieses Wollens, das auch das der deutschen Regierung ist, würde ihn unter Umständen zwingen, in einem Konflikt eindeutig Partei zu nehmen. Es hat den Anschein, daß er davon für Italien andere Nachteile fürchtet.

Und doch, es scheint, daß die Zeit vorbei ist, in der Italien glauben dürfte, der Schiedsrichter über den Parteien sein zu können.

## Frankreich und Polen.

Der französische Außenminister Paul-Boncour hat dem Genfer Sonderberichterstatter des Krakauer „Illustration Kurjer Godzieny“ einige Erklärungen über die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen sowie über die schwedenden Fragen der Weltpolitik abgegeben.

Er versichert, daß Frankreich ohne Schwanken an seiner Bündnispolitik festhalte, an der Entwicklung und der Wohlfahrt Polens, also an seiner Unabhängigkeit sei es sehr interessiert. Kein französischer Staatsmann könne sich eine Aenderung dieser Nachkriegspolitik Frankreichs gegenüber Polen denken, eine Richtung, die Tradition geworden sei.

Bur Annäherung Polens an Sowjetrussland erklärte Paul-Boncour, daß nur durch Vergrößerung des Kreises der befremdeten Mächte das Netz gesponnen werden könne, das die Möglichkeit biete, „sich den kriegerischen Tendenzen entgegenzustellen, die erneut aufzutauchen beginnen“. Er, Paul-Boncour, sei weit davon entfernt, eine Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu betreiben. „Das Bestreben unserer Politik ist der Zusammenschluß und die Festigung der Staaten, die entschlossen sind, durch internationale Zusammenarbeit, zu der der Weg allen offen steht, den Frieden aufrecht zu erhalten.“

Wie stark den französischen Außenminister über die deutsch-französischen Gegentäfe beschäftigen, zeigt der zweite Teil seiner Erklärung, die ausschließlich der

### Saarfrage

gewidmet war. Frankreich, so sagte der französische Außenminister, sehe keine Möglichkeit, sich den internationalen Verstimmungen, durch die der Saarbevölkerung das Recht zur Selbstbestimmung gewährleistet worden sei, zu widersezen. Die Saar sei ein internationales Gebiet, das der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt sei, und dieser Tatsache müsse Rechnung getragen werden. Die Saarbevölkerung müsse sich entscheiden entweder für den Anschluß an Deutschland oder an Frankreich oder auch für das Verbleiben in einem selbständigen Territorium unter der Oberhoheit des Völkerbundes. Diese letzte Möglichkeit wird von Paul-Boncour besonders eingehend erläutert.

Zum Schluß betonte Paul-Boncour, er sei bereit, sich bei nächster Gelegenheit von den parlamentarischen und Genfer Angelegenheiten freizumachen und nach Polen zu fahren. Wie der Sonderberichterstatter erfahren hat, scheine Paul-Boncour seinen Besuch in Polen für Ende Februar oder Anfang März angelegt zu haben.

### Eine polnische Stimme zur Saarfrage.

In der „Gazeta Polska“ ist in einem aus Genf datierten Leitartikel mit der Aufschrift „Sorgen um die Saar“ die schwierige Lage des Völkerbundes dargestellt, die ihm die Lösung der Saarfrage bereite. Im Artikel heißt es: in Paris wisse man, daß für einen Anschluß an Frankreich nur eine geringe Zahl von Stimmen abgegeben werden würde, daß vielleicht der Teil der Bevölkerung, der dem Nationalsozialismus feindlich gegenübersteht, für eine Beibehaltung des status quo stimmen wird. Deutschland könne mit einer absoluten Mehrheit rechnen, da doch die Bevölkerung fast zu 100 Prozent deutsch ist. Die Gegner des Nationalsozialismus fürchten die Abstimmung und bemühen sich daher beim Völkerbund um eine Verzögerung der Abstimmung auf mehrere Jahre. Dafür sei Frankreich nicht zu gewinnen, weil es eine Verzögerung der französisch-deutschen Beziehungen befürchte.

Der Völkerbund, der für eine Hinausschiebung der Abstimmung keine rechtlichen Grundlagen hat, befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Die Frage habe jetzt nicht gelöst werden können und im Mai werde sie in ihrer ganzen Schwere wieder vor dem Völkerbund stehen, vielleicht in einer noch weniger günstigen Atmosphäre. Hier zeigten sich die Folgen der Unentschlossenheit der Staatsmänner von 1919, die glaubten, daß in Europa nach 15 Jahren eine so friedliche Stimmung herrschen werde, daß man bei der Lösung dieser Frage keinen Schwierigkeiten begegnen würde.

Dieser Artikel ist beachtenswert, weil er auf Inspirationen des damaligen Vorsitzenden des Völkerbundes, des polnischen Außenministers Bed, zurückzuführen sein dürfte.

### Genfer Arbeitszeitlönerei verschoben.

Genf, 23. Januar. Nachdem der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsrates grundsätzlich die Einberufung einer Konferenz der sieben Länder Deutschland, Frankreich, England, Holland, Belgien, Tschechoslowakei und Polen zur Überprüfung der Frage der Nazifizierung

eines Arbeitszeitabkommen im Kohlenbergbau beschlossen hatte, einigte man sich darauf, daß Datum für die Einberufung dieser Konferenz erst später festzusetzen und anderen Ländern die Beteiligung an ihr freizustellen.

## Die polnische Handelspolitik

vor dem Haushaltsausschuß des Sejm.

Warschau, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Handelsminister Starzynski erstattete am Dienstag im Haushaltsausschuß des Sejm Bericht über den Haushalt des Handelsministeriums. Dieser Sonderhaushaltspolitik ist der einzige, der eine Erhöhung seiner einzelnen Positionen aufweist. Für die Ausgaben sind 89 Millionen Złoty und für die Einnahmen 16.8 Millionen Złoty veranschlagt. Polen hat bei einer italienischen Werft mehrere Überseedampfer in Auftrag gegeben, deren Baukosten in Höhe von 60 Millionen Lire im Laufe von sechs Jahren durch Kohlenlieferungen erstattet werden. Für das Jahr 1945 ist eine Weltausstellung in Warschau geplant.

In der Aussprache wenden sich mehrere Oppositionsredner gegen eine ausgeprägte Staatswirtschaft und treten dafür ein, daß Industrie und Landwirtschaft ins Gleichgewicht gebracht würden. Der polnische Außenhandel so erklärten sie, habe sich verschlechtert und die Arbeitslosenraten habe beinahe 400.000 erreicht. Einige Redner versuchten nachzuweisen, daß die Genfer Konvention auf das Wirtschaftsleben Oberschlesiens einen unheilvollen Einfluß ausgeübt. In Danzig habe die Atmosphäre auch nach den Danzig-polnischen Verträgen keinerlei Verbesserung erfahren. Polen, so wurde erklärt, könne es doch nicht dulden, daß es auch nur in irgend einer Beziehung von Danzig abhängig sei.

## Bachmann, der Ruhestörer.

Szajna Bachmann, der polnische Staatsbürger jüdischer Abstammung, der seinen Nachegefühlen gegen Deutschland dadurch Ausdruck gab, daß er zwei Schüsse gegen das Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Warschau abgab, wobei eine Fensterscheibe zertrümmert wurde, ist, wie aus Warschau gemeldet wird, schon nach wenigen Stunden aus der Haft entlassen worden. Über ihn wurde lediglich Polizeiaufsicht verhängt. Die Tat, die als „Mordversuch“ bezeichnet wird, wurde den Verwaltungsbehörden zur Bestrafung überwiesen. Bachmann wird demzufolge nicht vor Gericht gestellt.

Im Zusammenhang damit weist der „Bölkische Beobachter“ darauf hin, daß für einen ähnlichen Anschlag gegen das Gebäude der englischen Gesandtschaft in Warschau der Täter im vorigen Jahre eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten erhalten hat.

## Englische Blätter zur Frage der Probezeit.

London, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Abrüstungsarbeiten stehen auch heute im Vordergrund des Interesses der englischen Presse. Über die Ausgaben, die der gegenwärtige britische Konventionsentwurf dabei zu lösen habe, gehen allerdings die Anschaulungen der Blätter auseinander. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ vertritt die Ansicht, daß man es nur nötig habe, im Konventionsentwurf einige Änderungen anzubringen, um die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zur Frage der Probezeit auszugleichen.

Der Außenpolitiker der „Morningpost“ will indessen wissen, daß das britische Kabinett einen gänzlich neuen Konventionsentwurf ausarbeiten werde. Dieser neue Entwurf werde dann den Anregungen Deutschlands entsprechen; u. a. werde man Deutschland wahrscheinlich einige Defensivwaffen, darunter Tanks und Erkundungsflugzeuge, zugeteilt. Das Problem der Probezeit werde man, so schreibt das Blatt weiter, möglicherweise dadurch umgehen, daß man die Umbildung der Reichswehr mit der allmählichen Abschaffung der Offensivwaffen der anderen Mächte zeitlich koppeln.

### Abrüstungsausschuß ohne Bedeutung.

London, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Abrüstungsausschuß des englischen Kabinetts, der am gestrigen Tage zusammengetreten ist, ist ohne besondere Bedeutung geblieben. Die Minister hatten nur Gelegenheit, sich mit dem Text der deutschen Antwort bekannt zu machen. Jedenfalls welche Beschlüsse wurden nicht gefasst.

## Prinz Nikolaus von Rumänien

heiratet Fräulein Wanda Pissudsk?

Der „Illustrowany Kurier Godzieny“ bringt aus Wien unter dem 21. Januar folgende Meldung: Von Zeit zu Zeit wiederholt sich ständig in der Wiener Presse das phantastische Gerücht von der bereits bevorstehenden Eheschließung des Prinzen Nikolaus von Rumänien mit der Tochter Wanda des Marschalls Piłsudski. Diese Meldung veröffentlicht jetzt das Wiener „Extrablatt“ und betont dabei, daß Prinz Nikolaus, der sich in Polen einer großen Sympathie erfreue, zum König von Polen aufersehen sei. (Eine ganze Politik ist sicherlich eine, selbst für einen König, recht ansehnliche Mitgift. Wien hat in Fragen der Ehe schon immer ein glückliches Österreich nach außen gekehrt, das oft und gern politische Hochzeiten feierte. Ob aber Wien mit seinen Extrablättern die heutigen Nichtangriffspakte nicht etwa mit einer falschen Benennung verfehlt? Ein Nichtangriffspakt ist eben noch keine Ehe mit einer enormen Mitgift. D. R.)

## Niesenprozeß gegen polnische Kommunisten

Am 21. Februar beginnt vor dem Kreisgericht in Lübeck die Verhandlung gegen die Führer der kommunistischen Partei der Westukraine (Ostgalizien) sowie deren Helfer, die angeklagt werden, in den Jahren von 1921 bis 1930 ihre umstrittene Tätigkeit in Polen ausgeübt zu haben. Auf der Anklagebank werden sich 57 Angeklagte befinden, die zum Teil in Untersuchungshaft gehalten werden. Eine Anzahl ihrer Gefährten ist geflohen, so daß das Verfahren gegen sie ausgeschieden werden mußte.

## Die Staatsbeamten protestieren.

Am Sonntag fand in Warschau ein von der Sanierungsorganisation der Beamten einberufener Kongress der Staatsbeamten statt. Es wurde darüber Klage geführt, daß die Regierung die Bedeutung der Berufsverbände im staatlichen Leben nicht einschäfe, wofür der Umstand spricht, daß das Beamtenbefördungsgesetz den Beamtenverbänden erst 24 Stunden vor der Eröffnung zur Begutachtung übersandt wurde. Ein weiterer Redner rief darauf hin, daß die Gehälter der Staatsbeamten in der Zeit vom 1. Dezember 1925 bis 1933 um 20 bis 40 Prozent gesunken seien. Durch das von der Regierung herausgegebene neue Beamtenbefördungsgesetz wurden den meisten Beamten niedrigere Gehaltsstufen als bisher ausgesetzt. Besonders fühlbar betroffen wurden die Beamten der unteren Gehaltsstufen. Darum wurde auch besonders scharf gegen die Bevorzugung der höheren Beamtenstufen zu Felde gezogen. Als der Vizeminister Jedrażewicz das Wort ergriff und das Befördungsgesetz rechtfertigte, erhob sich im Saale wiederholt lauter Proteststurm, so daß sich der Vorsitzende gezwungen sah, den Anwesenden mit der Prüfung der Legitimationen zu drohen.

In einer angenommenen Entschließung verlangen die Staatsbeamten eine neue Neuordnung der Gehaltsstufen, um das begangene Unrecht wieder gutzumachen, sowie die Wiedereinführung der Familienzuschläge für die Beamten der mittleren und unteren Gehaltsstufen.

## Registrierung des Außständischen-Vereins abgelehnt.

Wie das „Slowo Pomorskie“ aus Königsberg meldet, ist das Gesuch um Registrierung des Vereins der Außständischen und Krieger in Wiele, Kreis Königsberg, auf Grund des Art. 20 des Vereinsgesetzes abschlägig beschieden worden, mit der Begründung, daß dieser Verein den Bedingungen der öffentlichen Wohlfahrt nicht entspreche. Dieser Bescheid des Wojewoden von Pommern war an den Antragsteller, Propst Wrycza in Wiele, gerichtet worden, der kürzlich wegen Aufreizung zum Schulstreik zu einer Haftstrafe verurteilt worden war.

## Alleine Entente-Konferenz hat getagt.

Die drei Außenminister der kleinen Entente traten noch in der Nacht zum Montag in Agram zu der angekündigten Konferenz zusammen. Nach dem nach der Konferenz veröffentlichten Communiqué besprachen die Minister der drei Staaten die allgemeine Lage, sowie die letzten die kleine Entente interessierenden internationalen Ereignisse. In allen diesen Fragen sei eine vollkommene Einmütigkeit in den Anschauungen der drei Minister festgestellt worden. Den Gegenstand der Beratungen hätten auch Abrüstungsprobleme, sowie das Verhältnis der Staaten der kleinen Entente zu ihren Nachbarn gebildet.

Einer der Programmpunkte der Konferenz war auch die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands. In der Tschechoslowakei ist der Widerstand der Kramarsch-Partei ziemlich erlahmt. In Rumänien hat man gegen die Anerkennung nichts mehr einzubringen und auch in Jugoslawien, dessen Dynastie bisher den größten Widerstand gegen eine Anerkennung geleistet hatte, da das Herrscherhaus der Karageorgewitsch mit dem ehemaligen russischen Herrscherhaus der Romanow mehrfach verschwägert war, ist man bereit, die Sowjetregierung anzuerkennen.

## Das geheimnisvolle Attentat auf König Alexander.

Wie der Belgrader Korrespondent des „Echo de Paris“ seinem Blatte meldet, ist er erst jetzt in der Lage, die Einzelheiten des vorbereiteten Attentats auf König Alexander mitzuteilen. Am 17. Dezember, als Agram den Geburtstag des Königs feierlich beging, nahm die Polizei eine Gruppe von verdächtigen Personen fest. Hierbei wurde der Polizei-Inspektor tödlich verletzt, der Attentäter wurde verhaftet. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen jugoslawischen Emigranten namens Oreb handelt. Er erklärte, daß er in der Emigration in Italien weilte, von wo er mit einem falschen Pass über die Grenze Jugoslawiens nach Agram gelangt war. Er war von einer terroristischen Organisation entsandt worden, um ein Attentat auf den König auszuführen. Bei ihm wurde eine Bombe italienischer Herkunft gefunden.

## Rücktritt des japanischen Kriegsministers

Der seit langem im japanischen Kabinett währende Kampf zwischen den imperialistischen Militärs und den Vertretern einer gemäßigteren Politik scheint zugunsten der letzten entschieden zu sein. Kriegsminister General Araki, der Führer der Imperialisten und zeitweise der ausschlaggebende Mann in der Regierung, hat dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er begründet diesen Schritt mit seinem schlechten Gesundheitszustande (er war kürzlich an einer Lungenerkrankung erkrankt), doch nimmt man an, daß politische Gesichtspunkte bei seinem Rücktrittsentschluß gleichfalls eine Rolle gespielt haben.

Das Rücktrittsgesuch von General Araki ist vom Ministerpräsidenten Saits angenommen worden. An seiner Stelle wurde General Hayashi, der bisherige Chef des Bildungswesens, zum Kriegsminister ernannt. Araki, der sich von seiner Lungenerkrankung noch immer nicht völlig erholt hat und noch das Haus hütet, wurde zum Mitglied des Obersten Kriegsrats ernannt.

Das japanische Außenministerium wendet sich in einer Erklärung gegen die von sowjetrussischer Seite erhobenen Beschuldigungen, Japan rüste zum Kriege gegen Rußland. „Es ist völlig unerfindlich“, heißt es in der Erklärung, „welche Motive hinter diesem sowjetrussischen Kriegsgerede stehen. Japan hat nicht die geringste Absicht, seine bisherige friedliche Politik zu ändern. Es denkt auch nicht daran, größere Streitkräfte in der Mandchurie zusammenzuziehen. Darum ist es dringend erwünscht, daß das Kriegsgeschwätz endlich verstummt.“ \*

Ein japanisches U-Boot gesunken.

Das neueste große japanische Unterseeboot, das als Unterseebootjäger bezeichnet wird, ist bei Probefahrten vor dem Kriegshafen Sasebo nach einem Zusammenstoß mit einem Torpedoboot gesunken. Der Zusammenstoß erfolgte während eines schweren Schneesturmes. Man befürchtet, daß die gesamte Besatzung ums Leben gekommen ist. Die Rettungsarbeiten werden durch das schlechte Wetter außerordentlich erschwert.

## Japanisches Ultimatum

an die chinesische Provinz Tschachar.

Nach einer Meldung aus Peking haben die japanischen Militärbehörden der Regierung der Provinz Tschachar (westlich von Mandchukuo gelegen) folgendes Ultimatum überreicht: 1. Die chinesischen Truppen müssen sofort alle von ihnen befreiten Stellungen an der Großen Mauer bei Lintschu. 2. Die chinesischen Truppen werden in eine entmilitarisierte Zone überführt, die auf Grund des in Tschak abgeschlossenen chinesisch-japanischen Waffenstillstandsabkommen erweitert wird. 3. Die chinesischen Behörden haben alle Verbote auf, die die Verbreitung von mandchurischen Flugblättern in dieser Gegend untersagen. 4. Sollten die chinesischen Behörden diese Bedingungen nicht erfüllen, werden die japanischen Truppen zu militärischen Operationen übergehen.

erner sollen nach chinesischen Mitteilungen japanische Streitkräfte ohne Grund in die chinesische Provinz Hoopei, nordwestlich von Peking, eingedrungen sein.

## Dauergebeten buddhistischer Priester für den Frieden.

Der I.N.S.-Dienst meldet aus Peking:

Unter den Auspizien des Kriegsministers (I) und hoher kirchlicher Würdenträger haben 108 mongolische Lamas am 19. Januar mit Dauergebeten für die Errichtung von Not und Krieg begonnen. Die Gebete erstrecken sich auf die Zeit von 108 Tagen und finden ohne Unterbrechung Tag und Nacht in dem historischen Buddha-Tempel der Lamas in Peking statt.

Die dort weilenden hohen lamaistischen Würdenträger prophezeien noch für dieses Jahr einen vernichtenden Krieg, durch den alle Mächte und besonders China schwer leiden werden. Am schlimmsten würden Peking und Tientsin heimgesucht werden.

## 10 000 Dollar auf den Kopf Pujs?

Der „Weser-Ztg.“ wird aus Peking berichtet:

Während man in Hsinking, der Hauptstadt und Residenz des Landes Mandchukuo mit den Vorbereitungen für die immer wieder hinangestrebte Kaiserkrönung Pujs beschäftigt ist und zahlreiche Mandchu-Adlige aus Peking bereits dort eintrafen, verdichten sich die Gerüchte, die von blutigen Mordplänen gegen Puji wissen wollen. Freilich ist nicht nur Puji bedroht, sondern das gesamte Kabinett, das bekanntlich in der jetzigen Form nach der erfolgten Kaiserkrönung weiterbestehen soll. Auf den Kopf Pujs ist, wie bekannt wird, ein Preis von 10 000 Dollar ausgesetzt.

Die Verschwörer, die sich die Ermordung Pujs zum Ziel gesetzt haben, kommen aus dem Lager jener chinesisch-koreanischer Attentäter, die von Zeit zu Zeit durch irgend eine Mordeffäre die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Vor allem die Koreaner entwickeln eine ungemeine Aktivität und verfügen seit zwei Monaten über hohe Geldmittel. Die Ermordung Pujs und die Befestigung der Minister des Mandchukuo-Kabinetts wurde in einer Geheimstzung formell beschlossen, da man in den Abichten Pujs, die man mit den Abichten Japans identifiziert, Biele sieht, die der Befreiung Chinas zu widerlaufen und eine Verstärkung des japanischen Macht Einflusses bedeuten. Wortschriften bei dieser Geheimverhandlung war ein Koreaner.

Die Summe von 10 000 Dollar ist bei einer ausländischen Bank hinterlegt. Man hat nicht, wie das sonst oft der Fall war, einen Attentäter ausgelöst, sondern freiwillig aufgefordert, sich zu melden. Wie in früheren Fällen wird sich vermutlich eine Gruppe von Attentätern bilden, die gemeinsam den Mordeplan ausarbeiten und auch ausführen und durch geschickte Zusammenarbeit die Flucht ermöglichen und Spuren verwischen. Auf die Köpfe der Minister sind geringere Preise ausgesetzt, immerhin stellt das gesamte Kabinett nochmals 5000 Dollar dar.

Der japanische Geheimdienst ist über die Pläne und Vorgänge innerhalb der Geheimgesellschaften gut informiert und hat daraus hin die diskrete Bewachung Pujs verdrahtet. Ob es gelingt, das drohende Attentat abzuhalten, wird man abwarten müssen, nachdem bereits 6 Personen wegen Mordverdachts festgenommen worden sind.

## Drohrede eines japanischen Militärrattaches.

Der japanische Militärrat in Nanjing, Takahashi, ist von einer Besichtigungsreise an die russisch-mandschurische Grenze zurückgekehrt, auf der er sich zugleich einen Überblick über die großen russischen Befestigungsarbeiten zu verschaffen suchte. Nach einer Besprechung, die er mit dortigen japanischen Beamten abhielt, gab Takahashi – einem Sonderbericht der „Kölner Zeitg.“ zufolge – eine Erklärung ab, in der er sagte:

„Wenn Rußland den Krieg wünschen sollte, so wird es uns jederzeit kämpfereidig finden. Wir verlangen nicht nach einem Krieg, aber wir können Russlands neue Ausdehnungsbewegung nach Osten nicht dulden; denn sie hat nur den Zweck, das ganze Ostasien rot zu färben.“ \*

Araki tritt zurück.

Tokio, 23. Januar. (PAT) General Araki hat, angeblich wegen Krankheit, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. In der Presse wird dieser Schritt als ein politischer Akt kommentiert. Araki war Anhänger eines Krieges mit Sowjetrußland.

## Englands Furcht vor einem Angriff Japans in Hinterindien.

London, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag begann in Singapur an Bord des Kreuzers „Kent“ eine Konferenz britischer, australischer und neuseeländischer Admirale, auf der Fragen von gemeinsamem Interesse für die Seestreitkräfte des britischen Reiches in Indien, Australien und Neuseeland besprochen werden sollen. Die Konferenz dürfte eine Woche dauern.

Wie der Berichterstatter des „Daily Herald“ aus Singapur meldet, werden an der Besprechung der Kommandeur der malaiischen Halbinsel und der Befehlshaber der Truppen, die in Singapur liegen, teilnehmen, da besonders über die Festigungen von Singapur beraten werden soll. Der Berichterstatter verzögert ferner ein Gericht, wonach der Feldmarschall Lord Allenby an Bord des Kreuzers „Kent“ angekommen sei, was jedoch geheim gehalten werde. Es gingen auch Gerüchte um, daß Großbritannien aus Sorge um einen japanischen Angriff mit Holland zum Zwecke der Verteidigung zusammenwirken wolle.

## Frankreichs Ostasien-Politik.

Ein Artikel Herrrots.

In der „Agence Economique et Financière“ besaß sich der ehemalige Ministerpräsident Herrrot mit den Beziehungen zwischen Rußland, Japan und den Vereinigten Staaten. Auf die letzten Ausführungen Litwinows Bezug nehmend, faßt Herrrot die Entwicklung der Dinge im Fernen Osten wie folgt zusammen: Feldzug in der Mandchurie, Gründung von Mandchukuo, Befestigungen Russlands für seine Interessen in Ostchina, russisch-japanische Verhandlungen um den Anlauf der dortigen Eisenbahn durch Japan, Abbruch dieser Verhandlungen, Lahmlegung der Bahn, militärische Vorbereitungen, die nach russischen Angaben von Japan unweit der Grenze in der Mandchurie vorgenommen wurden, Befestigung der Grenze durch Russland. So rollt, meint Herrrot, der ewige Anlauf einer Eisenbahlinie das Problem des Friedens oder des Krieges auf. Über die Spannung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und zwischen Japan und Russland bestehe kein Zweifel, und man könne gewiß nicht behaupten, daß die Lage ungefährlich sei. Die für Japan vorliegende Notwendigkeit, den Überschuss seiner Bevölkerung unterzubringen, seine Ausfuhraktivität, die zahlreichen Staaten beunruhige, sowie der Militarismus gewisser japanischer Parteien liefern die allgemeine Unterlage dieser Entwicklung.

Welches ist nun die Haltung Frankreichs in dieser delikaten Lage? Herrrot beginnt seine Antwort auf diese Frage mit einer Zurückweisung der von amerikanischen Blättern erhobenen Beschuldigung, daß Frankreich versuche, die Verwirrung zu erhöhen. Frankreich werde weiterhin die von ihm unterzeichneten Verträge achten sowie das Abkommen von Washington, den Kellogg-Pakt usw., aber es werde jede Einmischung von der Hand weisen. Frankreich achtet die drei in den fernöstlichen Streit verwickelten Großmächte und werde nicht auf hören, seine Vermittlung auszuladen oder anzubieten, um im Fernen Osten wie überall den Frieden aufrechtzuerhalten.

## Der neue Völkerbundkommissar in Danzig eingetroffen.

Danzig, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der neue Danziger Völkerbundkommissar Sean Lester traf am Mittwoch vormittag, aus Genf kommend, auf dem Danziger Hauptbahnhof ein. Zu seinem Empfang hatten sich Vertreter der Auswärtigen Abteilung des Senats, des Völkerbundkommissars und der polnischen diplomatischen Vertretung eingefunden.

## Republik Polen.

Bewaffneter „Einritt“ – wie im „Panzerzug“.

Aus Petrikau wird berichtet, daß ein Familienstreit zwischen zwei Rittergutsbesitzern in sehr eigenartiger Weise ausgetragen worden ist. Der Besitzer des Gutes Biala, Sulocki, ist der Schwiegervater des Besitzers des benachbarten Gutes Alysk, Aleksandrowic. Zwischen beiden besteht ein Mietstreit wegen eines Waldes, in welchem Sulockis Tochter sich auf die Seite ihres Mannes stelle, während ihr Vater sein Sohn, der den Wald gern behalten will, zur Seite stand. Eines Tages legte sich Sulocki jun. an die Spitze eines aus 36 Reitern und „Fülvöl“ bestehenden Zuges und überfiel die Besitzung des Schwagers, um zu verhindern, daß das in dem strittigen Walde gefällte Holz fortgeführt würde. Als Aleksandrowic mit seinen Hofsleuten herbeieilte, um die unbekannten Gäste von seinem Besitz fortzuweisen, stürzten sich diese auf ihn und seine Leute und verprügeln alle auf das schweifste. Dieser Überfall wird in Warschau viel besprochen, er wird auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

## Erleichterung bei der Regelung rückständiger Sozialversicherungsbeiträge.

Wie die polnische Presse aus Warschau berichtet, soll in nächster Zeit dem Sejm eine Gesetzesvorlage unterbreitet werden, die eine Erleichterung bei der Regelung rückständiger Sozialversicherungsbeiträge vorsieht. Als Rückstände werden auf Grund dieser Gesetzesvorlage die Gebühren derjenigen Sozialversicherungsinstitute angesehen, deren Fälligkeitstermin mit dem 1. Oktober 1931 abgelaufen ist.

Die Erleichterungen umfassen Streichung bzw. Reduzierung der Verzugszinsen, ferner eine Verteilung der rückständigen Summen auf langfristige Raten in ähnlicher Art, wie dies durch die Verordnung des Finanzministers über rückständige Steuern der Fall ist.

Die Sozialversicherungsanstalten (früher Krankenkassen, die Angestelltenversicherung, die Altersversicherung für Arbeiter, die Unfallversicherung und die frühere Ubezpieczalnia in Posen) gewähren Erleichterungen bei der Regelung solcher Sozialbeiträge, deren Zahlungstermin mit dem 1. Oktober 1931 abgelaufen war.

Verzugszinsen und Verzugsstrafen, die für diese rückständigen Beiträge bis zum 30. September 1933 zu entrichten waren, in dieser Zeit jedoch nicht bezahlt wurden, unterliegen, was die früheren Krankenkassen anbelangt, einer vollständigen Streichung. Was die anderen Anstalten anbelangt, einer Reduzierung bis zu 6 Prozent im Jahre.

Nach der Tilgung bzw. Senkung der Verzugszinsen der erwähnten Sozialinstitute werden die Rückstände nach folgendem Schema verteilt:

a) Im Falle der hypothekarischen Sicherung eine Ratenverteilung auf zehn Jahre, beginnend mit dem 1. 1. 1933 bei einer 4% prozentigen jährlichen Verzinsung. Die Verzinsung jedoch rechnet vom 1. 10. 1933 ab.

b) Für den Fall, daß keine hypothekarische Sicherung vorliegt, erfolgt eine Verteilung auf drei Jahre, beginnend mit dem 1. 1. 1933 bei einer 6% prozentigen jährlichen Verzinsung. Die Verzinsung rechnet vom 1. 10. 1933.

c) Die Regelung der rückständigen Gebühren, die den Selbstverwaltungsbehörden und anderen Personen des öffentlichen Rechtes zustehen, erfolgt durch eine Ratenverteilung auf zehn Jahre, beginnend vom 1. 1. 1935, bei einer 4% prozentigen jährlichen Verzinsung. Zinsberechnung wie vorher.

Der Minister für öffentliche Fürsorge kann im Einvernehmen mit dem Finanzminister durch eine Verordnung das Verfahren und die einzelnen Bedingungen für die Anwendung dieser Erleichterungen besonders festlegen, oder weitere Erleichterungen einführen für die Zahler, die ihre Rückstände vor diesen Terminen regeln. Der Minister für öffentliche Fürsorge kann ferner die oben erwähnten Sozialanstalten dazu berechtigen, eine vollständige oder teilweise Tilgung der Rückstände vorzunehmen besonders in den Fällen, die wirtschaftlich begründet sind, insbesondere aber wenn der Einzug der Rückstände einen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögens oder des Betriebes zur Folge haben sollte.

Diese ministerielle Anordnung hätte schon vor drei Jahren erlassen werden müssen. Der Nutzen manchen Betriebes wäre dann nicht erfolgt. D. R.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 24. Januar.

### Wechselnde Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen finden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

### Raubüberfall vor Gericht.

In Nowoclaw, 24. Januar. Vor der verstärkten Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts hatten sich die beiden Brüder Anton und Jozef Podkowinski aus Argonan wegen Raubüberfalls auf die Frau des Molkereipächters Maria Palicki aus Osaniszewko hiesigen Kreises zu verantworten. Der Angeklagte Anton P., der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, hatte seit längerer Zeit keine Arbeit, doch verschiedene Schulden in Höhe von über 1000 Złoty, die er nicht zurückzahlen konnte. Es reiste in ihm der Entschluß, durch einen Raubüberfall sich Geld zu verschaffen. Durch Beobachtungen und Informationen richtete er sein Augenmerk auf Frau P., die jeden Monat zwischen dem 1. und 10. zur Auszahlung der Milchlieferanten allein in die umliegenden Dörfer fährt und stets eine größere Summe Geldes mit sich führt. Doch wollte er den Überfall nicht allein ausführen und er versuchte deshalb unter seinen Bekannten die als Beugen auftretenden Gniewkowor Einwohner Skulski, Kedierski, Gremplewski und Pieczak für seinen Plan zu gewinnen, wobei er ihnen einen Teil der Beute versprach. Doch von diesen konnte sich keiner dazu entschließen. So mußte sein jüngerer Bruder Jozef ihm Hilfe leisten. Am 10. November v. J. gegen 6 Uhr morgens, begaben sich beide auf den Feldweg Osaniszewko-Mleczkowo, erwarteten dort das Fuhrwerk, auf dem sich Frau Palicka befand. Sie fuhren mit ihren Rädern hinterher, bis sie etwa 200 Meter vom Dorfe entfernt waren, und während Jozef dem Pferde in die Zügel stieß, raubte Anton P. der Frau mit vorgehaltenem Revolver die Aktentasche mit 3800 Złoty, worauf die beiden Banditen in der Richtung Mleczkowo entflohen. Bei der Verhaftung leugneten beide hartnäckig jede Schuld. Erst in strenges Kreuzverhör genommen, gestand Joseph P. das Verbrechen ein, worauf auch Anton P. den Ort preisgab, wo das Geld aufbewahrt wurde. Bei der darauf erfolgten Haussuchung wurden noch ca. 3400 Złoty gefunden.

Der Staatsanwalt beantragte für Anton Podkowinski 8 Jahre und für Josef P. 5 Jahre Gefängnis. Nach ca. einstündigem Beratung wurde das Urteil gefällt und Anton Podkowinski wegen Raubüberfalls und versuchter Verleitung zum Überfall in 4 Fällen zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und 5 Jahren Fahrverlust verurteilt. Jozef Podkowinski erhielt 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Fahrverlust. Letzterem wird Strafausschub auf 5 Jahre gewährt.

§ Der Postminister in Bromberg. Hier traf der Postminister, Oberst Kaliński, mit mehreren Beamten des Postministeriums ein, um eine Inspektion der hiesigen Post- und Telegraphen-Direktion vorzunehmen.

§ Das Fest der Goldenen Hochzeit beging am 20. d. M. der im Ruhestand lebende Vollziehungsbeamte Karl Fuchs mit seiner Ehefrau Auguste geb. Ruther. Das Jubelpaar steht im 77. und 70. Lebensjahr und kam 1897 aus Argonan nach Bromberg. Seit dieser Zeit bis zum Jahre 1922 war Herr Fuchs als Vollziehungsbeamter für den Kreis Bromberg tätig. Sieben Kinder konnten dem Ehepaar ihre Glückwünsche darbringen.

§ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug am 20. d. M. 386 825 Personen, was einen weiteren Anstieg im Vergleich zur Vorwoche um 18 189 bedeutet.

§ Austausch der Registrier-Ausweise für mechanische Fahrzeuge. Wie der Stadtpräsident mitteilt, müssen die Anträge betreffs des Umtausches der Registrierkarten für mechanische Fahrzeuge, deren Gültigkeit am 31. März 1934 erlischt, in folgenden Terminen eingereicht werden: Für mechanische Fahrzeuge, die nur durch den Besitzer benutzt werden, spätestens bis zum 15. Februar 1934, für die übrigen Fahrzeuge bis zum 10. März 1934. Diesen Einigungen müssen die Registrier-Ausweise beigefügt werden und eine Stempelmarke in Höhe von 5 Złoty, ferner muß die Kommunal-Verwaltungsausgabe für Gefüche nebst Auflagen in Höhe von 6,05 entrichtet werden. Die Gefüche sind bei der allgemeinen Verwaltungsbüro (Wydział Administracji Ogólnej) Burgstraße (Grodzka) 25, Zimmer 20, einzureichen, wo man auch die entsprechenden Formulare erhalten kann.

### Zurück zur Heimat!

„Daheim... Mein Gott, nur noch einmal daheim!  
Nur einmal über Ackern Lerchenschlag  
und Saat und Ernte, Frucht und neuen Keim  
und Sonne — Sonne einen ganzen Tag  
daheim!“

O, wenn mein Fuß zur alten Heimat fand,  
dann knie ich hin, dann küß' ich dich, du Land,  
du, Vatererde, kühlst das heiße Blut,  
es jauchzt mein Kind, und alles dann ist gut —  
Durch meine Seele Sehnsucht schwingt ein Reim:  
... Daheim! . . .“

Franz Lüdtke

§ Eine überraschende Revision führten gestern Polizeibeamte an der Ecke Thorner- und Kaiserstraße durch. Dort wurden die Wagen der Kohlenhändler, die häufig durch die Straßen fahren, angehalten. Die Beamten hatten Körbe und eine Waage bei sich und wogen die Kohlen nach. Es war nämlich der Polizei gemeldet worden, daß die angeblichen Bentkerkörbe längst nicht soviel Kohle enthielten. Tatsächlich ergab auch die Nachprüfung, daß die Körbe nur 94 oder 96 Pfund wogen. Aus diesem Grunde wurden einige Protokolle aufgenommen.

§ Ein gefährlicher Brand brach gestern abends gegen 24/7 Uhr in einer einzimmerigen Wohnung im Hause Bonystraße (Wileńska) 4 aus. Als die Wohnungsinhaberin mit dem Ausbruch von Speck beschäftigt war, schlugen die Flammen plötzlich über und das brennende Bett ergoß sich auch auf ein neben dem Ofen stehendes Bett. Nur mit großer Mühe konnte die Wohnungsinhaberin sich in Sicherheit bringen. Die Feuerwehr war in kurzer Zeit Herr des Brandes.

§ Zwei Fahrräder gestohlen wurden in der Nacht zum 19. d. M. dem Brunnenbaumeister August Dietrich, Danzigerstr. 78. Eines der Räder wurde aus der Werkstatt, die die Diebe erbrachen, entwendet, das zweite aus einem Schuppen. Schließlich drangen die Täter noch in den Hühnerstall ein und stahlen zwei Hühner.

§ Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Fuhrwerk ereignete sich auf der Chaussee nach Wojnowo hiesigen Kreises. Als der Kaufmann Dezsiderius Rutkowski Gammstr. 6, mit seinem Motorrade von einer Fahrt aus Wojnowo nach hier zurückkehrte, begegnete er auf der Chaussee unweit Wojnowo einem mit Pferden bespannen Fuhrwerk, das auf der falschen Seite fuhr. Auf die von R. abgegebenen mehrmaligen Signale änderte der Kutscher des Fuhrwerks nicht die Fahrtrichtung, so daß R. mit seinem Motorrade an das Gesicht des linken Pferdes anprallte und dann mit voller Wucht mit seinem Motorrade in den Chausseegraben geworfen wurde. Der Kutscher des Fuhrwerks kümmerte sich nicht um den Verunglückten, sondern ließ auf die Pferde ein und fuhr eilig davon. Erst Vorübergehende nahmen sich des verunglückten R. an, der während des Sturzes allgemeine Verlebungen davogetragen hatte.

§ Blutige Schlägerei im Gerichtskorridor. Gestern mittags ereignete sich im Korridor des Bürgergerichts ein blutiger Zwischenfall. In einem Zivilprozeß, den eine Frau Delińska gegen einen Mann namens Gackowski anstrengt hatte, sagte u. a. auch der Ehemann der D. aus, der 48-jährige Feliz Deliński, der angeblich zuungunsten seiner Frau aussagte. Als er nun nach Schluss der Verhandlung den Gerichtssaal verließ, wurde er von einem Verwandten der Frau, namens Nieruszewicz, Alte Schulstraße 2 wohnhaft, auf dem Korridor angegriffen und blutig geschlagen. Feliz D. erhielt, wahrscheinlich mit einem Stock, einen derartig heftigen Schlag gegen die linke Schläfe, daß er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Die Polizei sorgte für die Überführung des Überfallenen nach dem Städtischen Krankenhaus.

§ Einen Unfall während des Schlittschuhlaufs erlitt der 42jährige Bankbeamte Ludwig Smiezański. S. wurde von einem anderen Läufer so ungeschickt angestoßen, daß er hinstürzte und eine nicht unerhebliche Schnittwunde am Kinn davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes im Städtischen Krankenhaus konnte er wieder nach Hause entlassen werden.

§ Unglücklicher Sturz. Der 12jährige, Schifferstraße (Babia Wies) 2 wohnhafte Schüler Kazimierz Górecki glitt während des Spielens auf dem Schulhof so unglücklich aus, daß er zur Erde stürzte und sich außer allgemeinen Verlebungen eine Gehirnerschütterung zuzog. Der Knabe wurde in ärztliche Behandlung gebracht.

Dr. Witold Giurylo, prakt. Arzt, praktiziert nicht im Ambulatorium der Krankenkasse. Patienten der Krankenkasse für Stadt und Land (Ubezpieczalnia Spółczana) werden in der Privatwohnung u. I. Cieślowskiego Nr. 6, in den Stunden von 10-1 und von 4-6 Uhr empfangen. Tel. 16-99. (718)

§ Der heutige Wochenmarkt brachte mittelmäßigen Verkehr. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1-1,20, Eier 1,50-2,00, Weißkäse 0,20-0,25, Eiflitterkäse 1,50-1,80. Für Gemüse und Obst zahlte man: Weißkohl 0,07, Rotkohl 0,15, Rosenkohl 0,25-0,30, Wirsingkohl, Brüken, Rote Rüben und Zwiebeln 0,10, Spinat 0,35-0,40, Apfel 0,30-0,50. Für Geflügel zahlte man: Enten 3-4,00, Gänse 6-8,00, Hühner 2-3,50, Tauben 0,60-0,80, Puten 6-7,00. Hühner kosteten 2,50. Die Fleischpreise waren wie folgt: Speck 0,85-0,90, Schweine-, Kalb- und Rindfleisch 0,60-0,70, Hammelfleisch 0,50-0,60. Für Fische zahlte man: Hechte und Schleie 0,80-1,20, Plötz 3 Pfund 1,00, Bressen 0,80 bis 1,00, Barsche 0,40-1,00, Karauschen 0,60-1,00, Heringe 0,40.

### Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

D. T. C. Alaband fällt heute aus wegen Umbau zum „Seeperchen“. (1867)

ex Egiu (Krynica), 23. Januar. Der heutige Wochenmarkt war, wie immer in letzter Zeit, wenig belebt. Butter und Eier waren genügend vorhanden, nur fehlten die Käfer. Für Butter wurde 1-1,20 das Pfund gezahlt. Eier kosteten 1,50-1,70 die Pfund.

Auf dem Schweinemarkt herrschte auch wenig Betrieb. Ferkel wurden mit 16-24 Złoty das Paar gehandelt.

Vor einigen Tagen drangen Diebe bei dem Landwirt Priebke in Lindenbrück in den Hühnerstall ein und nahmen 18 gute Legehühner mit. Von den Spitzhühnern fehlt jede Spur.

\* Sadke (Sadki), 24. Januar. Zu dem gemeldeten Vorfall diebstahl in Dembowo wird mitgeteilt, daß die entsprechende Meldung auf einer irrtümlichen Information beruht.

### Kleine Rundschau.

#### Bombenanschlag auf Schnellzug Wien-Ugram

Auf den Schnellzug Wien-Ugram wurde am Montag in den frühen Morgenstunden des Eröffnungstages der Ugramer Konferenz der Kleinen Entente zwischen den Stationen Rann und Burgfeld ein Bombenanschlag verübt, der verheerende Wirkungen anrichtete. Unter dem direkten Wagen Berlin-Susatz explodierte um 5,15 Uhr eine Sprengmaschine. Der Wagen geriet in Brand und wurde vollständig vernichtet. Auch der hinter dem Wagen gekoppelte Schlafwagen wurde stark beschädigt. In dem Wagen befanden sich vier Reisende, von denen drei in den Flammen den Tod fanden, während der vierte schwer verletzt ins Krankenhaus nach Rann gebracht wurde. Nachdem der vernichtete und der Schlafwagen abgekoppelt waren, konnte der Zug mit großer Verspätung die Fahrt nach Ugram fortfahren. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

#### Dynamit-Lager in die Luft geslogen.

Paris, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie Havas aus Rio de Janeiro meldet, ist dort auf einer Insel ein Dynamit-Lager in die Luft geslogen. Nach den ersten Nachrichten sollen zahlreiche Todesopfer zu beklagen sein. Einzelheiten fehlen noch. Das Sprengstofflager soll einer privaten Handelsfirma gehört haben.

#### Bankräuber begehen Selbstmord.

Wie aus Basel gemeldet wird, haben zwei Bankräuber am Sonnabend zwei Polizeibeamte erschossen und zwei schwer verletzt. Außerdem kommt auf ihr Konto der Raubüberfall auf die Weber-Bank.

Am Sonntag abend in der 11. Stunde wurde eine Spur der Flüchtlinge gefunden, die nach dem Margaretenpark in Basel führte. Am Mittwoch war der Park von einem großen Polizeiaufgebot umstellt. Als die beiden Räuber festgestellt, daß an einer Entweichung nicht mehr zu denken sei, richteten sie die Waffe gegen sich.

#### Große Zuckersfabrik von Constanza in Flammen.

Bukarest, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die große Zuckersfabrik von Constanza am Schwarzen Meer ist Dienstag nacht in Flammen ausgegangen. Alle Löschversuche waren vergeblich. Große Zuckervorräte sind vernichtet. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor. Der Direktor und mehrere Angestellte wurden verhaftet.

#### Aus Kongreßpolen und Galizien.

s. Nieschawa, 22. Januar. Der 27-jährige Jan Drzdzewski aus Lubanie ging die Bahnstrecke entlang nach Włodawa. Zwischen den Stationen Brzezie und Lubanie wurde er durch einen Schuß in den Rücken ermordet.

In der Nacht drangen zwei Banditen in die Wohnung des Landwirts Wincenty Napierkowski im Dorf Szczebłetowo ein und bedrohten die Hausleute mit Erschießen. Darauf durchsuchten sie die Wohnung und entzündeten unter Mitnahme von 154 Złoty im Dunkel der Nacht.

#### Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 24. Januar 1934.  
Krakau - 2,70, Jawichów + 1,84, Warsaw + 1,31, Bielsk + 1,62, Thorn + 0,87, Tordun + 0,98, Czum + 0,88, Graudenz + 1,10, Kurzbrat + 1,31, Bielsk + 0,52, Dirichau + 0,33, Elnače + 2,26, Słupiennbor + 2,40.

Chefredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seuke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 19.

Heute abend 10 Uhr entschließt jaßt nach kurzem schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Onkel, Großonkel und Urgroßonkel, der Rentier

## Wilhelm Schmeichel

Veteran von 1870/71

im 88. Lebensjahr.

Dies zeigt tiefbetrübt an  
im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Rudolf Wendel.

Przechowo, den 22. Januar 1934.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 27. d. Mts.,  
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 1360

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes unerschöpflichem Ratshluß entschließt  
nach schwerem, mit großer Geduld getragenem Leiden  
meine herzensgute Mutter, unsere liebe, treue Schwester,  
Schwägerin und Tante, Frau

## Emma Schröder

geb. Aerber

im Alter von 47 Jahren. 1357

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt  
an

Kurt Schröder.

Matawy, Kreis Swiecie, den 23. Januar 1934.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 27. Januar,  
nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

## Hebamme Unterricht

erteilt Nat mit gutem Erfolg. Distretion zu-  
geleitet.

Daniel, Dworcowa 66. 676

Schide und gütigste Kleider, Wäntel

und Kostüme werden gefertigt. 865

Jagiellonska 42. 1.

## Rechts- angelegenheiten

wie Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwer-  
tungs-, Erbschafts-, Gesellschafts-, Miete-,  
Steuer-, Administra-  
tionssachen usw. be-  
arbeitet, freibt Forde-  
rungen ein und erteilt  
Rechtsberatung.

St. Banaszak  
obrońca prywatny  
Bydgoszcz 802  
ul. Cieszkowskiego 4  
Telefon 1304.

Klavier - Unterricht  
leicht fähig erteilt  
Rosa Mengel 514  
Sienkiewicza 24. m. 5.

Geigen- und  
Klavier - Unterricht  
erteilt gründl. u. billig  
Garbarz 19, M. 2. 571

Bärsche-Nähkurse  
an eigen. Bärsche ert.  
Wärsche-Atel. Hasse.  
Marie. Focha 10. 827

Wo ?  
wohnt der billigste  
Uhrmacher 897  
und Goldarbeiter.  
Morawka 35.  
G. B. S. a. t.  
Radio-Unterlagenbillig.

Klavierschmiedungen  
Reparaturen  
sachgemäß billig.  
Wicher, Grodzka 8. 538

Berf. Hausmeiderin  
nährt eigen in und auß.  
dem Hause. Michejew.  
Pomorska 54. 708

Umsonst 589  
nicht aber sehr billig  
Weizenmehl 1/2 kg. 15  
Bratenfett 1/2 kg. 68  
Kunstschmalz 1/2 kg. 88  
Margarine 1/2 kg. 88  
Speiseöl 1/2 liter 1.35  
Benzinum .55  
Soda 1/2 kg. 10  
Grüne Seife 1/2 kg. 49  
Waschseife 1/2 kg. 88  
Waschpulver 1/2 kg. 48  
Gefüllte Kaffee 1/2 kg. 15  
Reis 1/2 kg. 22  
Hering 6 Stück. 51  
Hefe 1/2 kg. 2.20  
Toruńska Centrala  
Maki i Oleju  
Bydgoszcz, Rynek  
Zbożowy 8. Tel. 181.

Jede Art von  
Luftfahrtmerken  
hält bei billigerer Be-  
rechnung Ewald Jeite.  
Telephon 1776.

Gut arbeitende  
Schneiderin

übernimmt Arbeit aller  
Art in und auß. d. Hause

Gdańska 99, Wohng. 4

Schmidt. Dworcarski.

## Geldmarkt

Einen Lei haben  
Kaufmann, welch das  
Geschäft später über-  
nimmt, sucht die 1272  
Färber und Chemische  
Fabrikalt L. Karger, gel. Sich. Exist. Erford.  
Wąsowice, gegr. 1850. 1400 Bl. Kujawska 41.

Peigert. Warlubie.

Für Lebensmittel  
Spezial-Gesch. leidig.

Sillalleiterin 713  
auf eig. Rechn. p. 1. 2.

Wąsowice, gegr. 1850. 1400 Bl. Kujawska 41.

IN DER

DEUTSCHEN  
RUNDSCHE

HABEN DEN BESTEN

ERFOLG

ANZEIGEN

DEUTSCHEN  
RUNDSCHE

HABEN DEN BESTEN

Bromberg, Donnerstag, den 25. Januar 1934.

**Pommerellen.**

24. Januar.

**Graudenz (Grudziadz).**

× An die deutsche Winterhilfe konnte der Sportclub Graudenz (SGG) aus dem Erlös seines am Sonntag, 14. d. M., abgehaltenen, sehr gut besuchten Nachmittagskaffees wieder einen namhaften Betrag — 100 Zloty — abführen. \*

× Eine gute Gelegenheit für die Kinder unvermögender Eltern, sich der erfrischenden und gesunden Betätigung des Eislaufs hinzugeben, bietet die vor der Stadt am Tuscherdamm (Tuszewski Grobla) eingerichtete, unentgeltlich zu benutzende Schlittschuhbahn. Sie ist so geräumig, daß eine große Schar sich dort herumtumeln kann. Daher wird sie auch, wie man beobachten kann, reichlichst, auch von älteren Personen, in Anspruch genommen. \*

× Buchstengstationen im Landkreis Graudenz. Von Starosten des Landkreises Graudenz wird im amtlichen Organ zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß in der Zeit von jetzt an bis zum 15. Februar d. J. im Kreise Graudenz folgende Buchstengstationen gebildet werden: in Burg Velchau (Biłachowo) bei Herrn von Falkenhayn (2 Hengste), in Melno (Mielno) bei Herrn von Bieler (2 Hengste), in Szczepanek bei Herrn Sulski (drei Hengste), in Debena (Debintec) bei Herrn Grzybowski (1 Hengst) und in Taubendorf (Golebiewko) bei Herrn Wyszniewski (1 Hengst). \*

× Wechselsfälschung brachte einen hiesigen Bewohner namens Sonnenfeld auf die Anklagebank des Bezirksgerichts. Er befand sich in wirtschaftlich bedrängter Lage und konnte, soviel er sich auch bemühte, nirgends ein kurzfristiges Darlehen erhalten. Die verlangten Bürgschaften durch zwei vermögende Personen war er zu erhalten nicht imstande. Da verfiel S. auf die Idee, die Unterschrift zweier solcher zahlungsfähiger Leute auf einem Wechselformular selbst zu fabrizieren. Das tat er denn auch und begab sich mit dem gefälschten Wechsel zur Kommunalsparkasse des Landkreises Graudenz, wo er ein Darlehen von 125 Zloty erhielt. Der Einlösungstermin des Wechsels wurde dann von S. nicht eingehalten, so daß der Wechsel zu Protest ging. Dafür kam natürlich die Fälschung zutage, und die Folge war die Anklage. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis mit einer Bewährungsfrist von fünf Jahren. In der Sentenz des Erkenntnisses brachte der Vorsitzende zum Ausdruck, daß dem Angeklagten die Verpflichtung auferlegt worden sei, das Darlehen in einer Frist von 6 Monaten zurückzuzahlen; anderenfalls verliere die angebilligte Bewährungsfrist ihre Wirkung und S. müsse die Freiheitsstrafe verbüßen. \*

× Ein renitenter Gefangener ist ein gewisser Mieczysław Ciosiński, der in der hiesigen Strafanstalt eine achtjährige Gefängnishaft verbüßt. Am 31. Oktober v. J. wurde C. dabei erappelt, wie er sich aus einer benachbarten Zelle etwas Tabak holen wollte. Da dies nach der Gefängnisordnung streng untersagt ist, wurde Befehl gegeben, den schuldigen Häftling zur Strafe in eine besondere Zelle zu führen. Als der ihn dorthin transportierende Aufseher zum Hinabgehen einer Treppe aufforderte, weigerte sich der Gefangene, wurde schließlich tatsächlich, stürzte sich auf den Aufseher und schlug ihn. Deswegen mußte sich der Häftling, ein athletisch gebauter Mensch, vor der Strafkammer verantworten. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte, den Aufseher mishandelt zu haben. Im Gegenteil, dieser habe ihn empfindlich verprügelt. Die Vernehmung von vier Zeugen, und zwar von drei Aufsehern und einem Gefängnisinsassen, ergab aber, daß der Angeklagte tatsächlich in vollem Umfang schuldig war, und deshalb verurteilte ihn der Gerichtshof zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten. \*

× Wessen Eigentum? In der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1933 sind auf dem Städtischen Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung folgende Sachen als gefunden abgegeben worden: 6 Portemonnaies mit verschiedenen Geldbeträgen, 2 Brillen, 1 Jagdhund, 1 Stock, 3 Handtaschen, 2 Herrenmützen, 1 Hut, 6 Taschentücher, 1 Binkessel, 1 Orientierungstafel „Touring-Club“, 7 verschiedene Schlüsse, 1 Trauring (mit Namen „Bamorowska“). Die Besitzer vorstehend genannter Gegenstände können sich um deren Wiedererlangung im Rathause, Zimmer 213, während der Stunden von 10—18 Uhr melden. \*

**Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.**

„Es war einmal“ singt jedes Märchen an. Zu den vielen alten Märchen soll jeder selbst am Rosenmontag, dem 12. Februar, beim Maskenball der Deutschen Bühne „Im Märchenland“ ein Märchen erleben, das ihn restlos glücklich macht, und er soll an dies Märchenfest gerne zurückdenken wie bei den alten Märchen „Es war einmal“. Beachten Sie daher die Anzeige in der heutigen Nummer unter Graudenz. 1829 \*

**Thorn (Toruń).****Elend unserer Tage.**

Der seit drei Jahren arbeitslose Korbmacher Bolesław Siudowksi wurde am 11. d. M. aus seiner aus einer Stube nebst Küche bestehenden Wohnung in der Waldstraße (ul. Słowackiego) 88 evakuiert. Da die Stadtverwaltung ihm kein Unterkommen bieten kann, sollte er sich selbst eine andere Wohnung suchen, für die die Wohlfahrtsabteilung die Miete zahlen will. Da der bedauernswerte Mann aber nirgends etwas findet, ist er nun mitten im Winter gezwungen, sich mit seiner Frau und drei kleinen Kindern im Alter von 1—4 Jahren in den Straßen herumzutreiben und die Nächte auf dem Bahnhof zu zubringen, um wenigstens ein Dach über dem Kopf zu haben. Zwei seiner unterernährten Kinder haben dieses Nomadenleben nicht lange anhalten können und mußten dieser Tage mit hohem Fieber und wahrscheinlich auch Lungenerkrankung in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Das dritte, drei Jahre alte Kind kränkt auch schon und wird seinen Geschwistern voransichtlich bald ins Krankenhaus folgen müssen. Der unglückliche Mann sieht seine Familie lang-

sam dahinstechen, ohne dem Schicksalsrad irgendwie in die Speichen greifen zu können, da er durch die lange Arbeitslosigkeit alles verloren hat und ihm nur noch wenige Möbel verblieben sind, die auf einem Speicher den Mäusen als Tummelplatz dienen.

Es ist dies in der heutigen Krisenzeiten leider kein Einzelschicksal mehr. Elend und Unglück machen sich überall breit und daher ist es Pflicht eines jeden, der noch etwas besitzt, für die Winterhilfe zu opfern und solchen unglücklichen Mitmenschen das schwere Los tragen zu helfen! \*\*

† Der Wasserstand der Weichsel betrug Dienstag früh unverändert 0,82 Meter über Normal. \*\*

† Die erste Sitzung der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung findet, wie der Stadtpräsident bekannt gibt, am Freitag, dem 26. d. M., um 18 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal im Rathaus statt. In dieser ersten Sitzung werden nach der Verpflichtung der neuen Stadtverordneten die Mitglieder für den Verwaltungs-, Finanz- und Revisionsausschuß gewählt werden. Im Anschluß hieran findet um 19 Uhr eine Versammlung zur Wahl von vier ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern (sogenannten Beisitzern) statt. \*\*

† Ein „guter“ Kamerad. Der Schatzmeister der Thorner Ortsgruppe des Kriegsinvaliden-Verbandes, Józef Podlasiński, hatte sich am Dienstag vor dem Bezirksgericht zu verantworten wegen Vergehens gegen Artikel 42 § 2, Art. 47 § 2, Art. 57 § 1, Art. 262 § 2 sowie Art. 187 des Strafgesetzes. Er hat seine Kassiererzeit von 1931 bis Frühjahr 1933 dazu benutzt, um sich an 5500 Zloty des Invaliden-Verbandes persönlich zu bereichern. Zu diesem Zwecke fälschte er auch ein Sparbuch der Bank Zwiazku Spółek Zarobkowych in Thorn. Bei der Generalversammlung des Verbandes im März des Vorjahres erhob das Mitglied Jan Treiderowski den schwerwiegenden Vorwurf gegen den Vorstand, daß die Jahresbilanz gefälscht sei und mit dem tatsächlichen Stande nicht übereinstimme. Darauf erfolgte eine Revision durch einen Bevollmächtigten des Hauptverbandes, die die Unterschlagungen des Schatzmeisters ans Licht brachte, und es kam zur Anklageerhebung gegen ihn. P. gab seine Vergehen zu und erklärte, 1400 Zloty bereits zurückgezahlt und für die Restsumme Wechsel übergeben zu haben, die er nach und nach einzösen werde. Nach durchgeföhrter Verhandlung wurde gegen ihn auf ein Jahr Gefängnis erkannt; es wurde ihm aber ein fünfjähriger Strafausschub bewilligt, während welcher Zeit er bis 1937 das Geld zurückzuzahlen hat. \*\*

† In der „Entführung“ der Autodrosche Nr. 30, die neulich Nacht deren Chauffeur und die Polizei in lebhafteste Suchtigkeit versetzte, erfahren wir, daß ein Diebstahl nicht vorgelegen hat. Ein Kollege des Chauffeurs sah den Wagen nachts ohne Aufsicht in der Baderstraße (ul. Lazienna) stehen, setzte sich kurz entschlossen an den Volant und fuhr das Auto aus Mutwillen vor die Auto-Reparaturwerkstatt in der Karlstraße (ul. Wola Zamkowa), wo es dann endlich gefunden wurde. \*

† Der verwegene Einbruch in das Café „Europejska“ vor Gericht. Die Strafkammer des Bezirksgerichts in Thorn verhandelte am Montag gegen eine aus drei Personen bestehende Einbrecherbande, die seinerzeit eine Reihe von Einbrüchen in diebstählen ausführte und auf deren Konto auch der äußerst verwegene nächtliche Einbruch in das Café „Europejska“ in der Breitestraße (ul. Szeroka) gehörte. Auf der Anklagebank nahmen der Fleischerlehrling Edmund Grzywacz, der Tischler Jan Wyszniewski und Jan Winiarski Platz. Mitangeklagt sind der fr. Schuhmann Leon Wyszniewski und dessen Frau Stanisława, die der Begünstigung und der Verheimlichung der Diebstähle bezichtigt sind. Die Anklageschrift wirft Grzywacz, Winiarski und Wyszniewski vor, daß sie sich als Diebesbande organisierten und neben einigen Geschäften das Unteroffizierskasino des 63. Infanterie-Regiments, das Artillerie-Unteroffizierskasino, die Restauraktion „Satyr“, den Bäckermeister Tuczewski und das Kino „Lira“ bestahlen. Ferner wird den Genannten der Einbruch in das Café „Europejska“, bei dem sie durch einen Schuhmann verschreckt wurden und unter Zurücklassung ihrer Beute fliehen mußten, sowie der Diebstahl im Versammlungsraum des Schützenverbandes

vorgeworfen. Die jugendlichen Diebe traten in den Schützenverband nur zu dem Zweck ein, um durch die Zugehörigkeit zu dieser bekannten Organisation die Aufmerksamkeit und einen evtl. Verdacht von sich abzulenken, was um so leichter war, als einer von ihnen der Sohn eines Polizeibeamten, und der zweite der Sohn eines aktiven Sergeanten war. Die Angeklagten ließen alles mitgehen, was ihnen in die Hände fiel, in der Haupfsache jedoch Lebensmittel, welche sie sofort verzehrten oder unter sich verteilten. Den Rest dagegen bewahrte Jan Wyszniewski in der Werkstatt neben der Wohnung seines Vaters auf. — Nach der Eröffnung der Verhandlung kamen zunächst die Angeklagten zu Wort. Alle Angeklagten befaßten sich für schuldig und beschrieben eingehend, wie sie die Diebstähle ausführten und wie sie die gestohlenen Sachen teilten. Der Mitangeklagte Leon Wyszniewski und dessen Frau befanden sich nicht für schuldig und erklärten, von den Taten ihres Sohnes erst drei Tage nach dem Einbruch in das Café „Europejska“ erfahren zu haben. Nach Schließung der Beiseinsnahme ergriff der Staatsanwalt das Wort zu seinem Plaidoyer, in dem er für alle drei Angeklagten strenge Bestrafung und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte forderte. Die Urteilsverkündigung wird später erfolgen. \*\*

† Neben drei kleinen Diebstählen, von denen einer bald aufgeklärt wurde, verzeichnet der Polizeirapport vom Montag noch einen Betrug, drei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eine Zu widerhandlung gegen handels-administrative Bestimmungen. — Eine diebstahlsvorwiegende Person wurde der Gerichtsbehörde übergeben, eine von der Kriminalpolizei in Bromberg gesuchte Person dorthin transportiert und eine Person unter dem Verdacht eines Raubüberfalles in Polizeiarrest gesetzt. Wegen Trunkenheit erfolgte eine Sistierung. \*\*

† Auf dem Dienstag-Wochenmarkt notierte man für die Hauptartikel folgende Preise: Eier 1,80—2,20, Butter 1,10—1,50, Honig 1,80—2,00, Apfel 0,10—0,80, Apfelsinen Stück 0,40—0,80, Zitronen Stück 0,09—0,20; Gänse 4—8,00, Puten 5—7,00, Enten 2—4,00, Gänse 1,50—3,50, Hasen (sehr viel) 2—2,50; Mohrrüben 0,08, Karotten 0,20, Wurzen Stück 0,05—0,20, Kohlrabi 0,25—0,30, Zwiebeln 0,10—0,15, Suppengemüse das Bund desal., Rot-, Weiß-, Grüne- und Wirsingkohl war bereits weniger, jedoch noch zu den bekannten Preisen angeboten. \*\*

**Er versucht seine Frau in Brand zu setzen.**

\* Culm, 24. Januar. Eine schreckliche Familienschrecke spielte sich in Grubno hiesigen Kreises ab. Der 42 Jahre alte Franciszek Czarnecki war mit seiner Frau in Streit geraten, schlug sie bis zur Bewußtlosigkeit, begoss sie sodann mit Petroleum, daß er ihr an den Mund laufen ließ, und versuchte die Unschädliche dann anzuzünden. In diesem Augenblick traten durch die Schreie der Frau alarmierte Nachbarn hinzu, die die Stubentür eindrückten und den Rohling überwältigten. Die Frau wurde immer noch bewußtlos in das hiesige Krankenhaus eingeliefert; ihr Zustand ist erschrecklicherweise nicht lebenbedrohend. Der „galante Chemann“ wurde sofort in Untersuchungshaft genommen.

† Gdingen (Gdynia), 24. Januar. Wegen Spionage hatte sich am 22. Januar vor der hiesigen Strafkammer Apolonia Manuth aus Neustadt, deren Ehemann vorigen Jahres vom Standgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war, zu verantworten. Die Verhandlung fand bei geschlossenen Türen statt. Das Urteil lautete auf Freispruch, wobei die Genannte sofort aus der Haft, die über sie vom 3. September 1933 verhängt war, entlassen wurde. Die Gerichtskosten trägt der Staat.

Bom Auto überfahren wurde am 22. Januar in der Danzigerstraße der 29jährige Alfons Neumann von hier, der einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen davontrug. In bedenklichem Zustande wurde er ins Krankenhaus eingeliefert.

**Graudenz.**

Rosenmontag, den 12. Februar 1934,  
um 20 Uhr  
im Gemeindehause:

**Maskenball der Deutschen Bühne  
Grudziadz**

„Im Märchenland“  
9.30 Einzug des Rattenlägers von Hameln.

Tanz-Aufführungen;

Prinzessin auf der Erbse  
Der tapfere Zinnsoldat und andere  
Märchen-Ueberraschungen.

Vier Musik-Kapellen.

6 Gaststätten: „Tischlein deck dich“

„Schlaraffenland—Sesam  
Öffne dich!“ — „Unterm  
Machandelbaum“ — „Die  
Bremer Stadtmusikanten“  
— „Zum gestiefelten Kater“  
— „Kaffee—Konditorei  
„Knusperhäuschen“.

Märchenhaft billige Eintrittspreise.

Eintritt nur gegen Einladung. Gesuche  
um Einladung an die Geschäftsstelle  
der Deutschen Bühne-Grudziadz, Mała  
Groblowa, Ecke Mickiewicza 10.

Weg Verkleinerung des  
Haushaltsverbrauchs

aller Art auch Bettwäsche.

Zu ertr. Pohlmannit.

empfiehlt sich

(Mickiewicza) 8, Hölls.

Rosette R. Jeske,

Mickiewicza 22, Wg. 6.

herren-Damenfriseur  
**A. Orlikowski**,  
Ogrodowa 3,  
am Rückmarkt.  
Dauerwellen, Wasser-  
wellen, Ondulation,  
Färben. 878

**Moderne  
Möbelstoffe**  
Teppiche  
Läufer  
Wachstuch  
Planeinen

die größte Auswahl  
zu billigsten Preisen

1328

Otto Kahrtau

ulica Sienkiewicza 16.

Kürschnerarbeiten

Jacken, Muffe, Kappe

und Pelze, sowie Um-  
arbeitung von Damen-  
hüten werden zu billi-  
gen Preisen ausgeführt

J. Maria,

Plac 23go stycznia 24.

1326

1328

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

1326

**Könitz (Chojnice), 24. Januar.** Der neue Bürgermeister von Könitz, Wojewodschaftsrat Hamula aus Thorn, wurde heute vormittag vom Starosten Mieszkowski in sein Amt eingeführt.

Noch gut abgegangen ist ein Zusammenstoß zwischen einem Triebwagen und einem Fuhrwerk. In der Nähe von Powalken stieß am Sonnabend der Triebwagen auf ein Fuhrwerk, das gerade die Schienen überquerte. Der hintere Teil des Fuhrwerks wurde zertrümmert, Fuhrmann und Pferd blieben unverletzt. Der Triebwagen konnte nach kurzer Zeit die Fahrt fortsetzen.

Auf der Jahreshauptversammlung der Schlosserinnung am Montag wurde der Jahres-, Kassen- und Revisionsbericht erstattet und nach der Entlastung der alte Vorstand zum größten Teil wieder gewählt. Zum Kassierer wurde Herr Szynca, zu Beisitzern die Herren Malinowski und Małach gewählt.

Bei einem Tanzvergnügen der Eisenbahner kam es am letzten Sonntag zu einer Messerstecherei, wobei der Eisenbahner St. Nowak am Kopf verletzt wurde.

Die Polizei fasste einen Arbeiter ab, als er auf dem Markte gestohlene Kohlen verkauft. — Hühnerliebhaber stahlen Karl Pradzinski 4 Hühner, August Babiniarz 5 Hühner und dem Schuhmacher Walcerak 3 Hühner.

**Stargard, 24. Januar.** Am letzten Sonntag vormittag sind drei Straßenläufe aus dem hiesigen Gefängnis ausgetragen. Trotz sofortiger polizeilicher Verfolgung ist man bis heute ihrer nicht habhaft geworden.

Einen Einbruchsdiebstahl verübten Diebe bei dem evangelischen Geistlichen in Borzechowo hiesigen Kreises. Die Täter entwendeten 400 Złoty Bargeld und sind unerkannt entkommen.

**f Strasburg (Brodnicza), 24. Januar.** Einen schweren Unfall erlitt kürzlich Czeslaw Kubinski aus Bieczno

hiesigen Kreises. Er war in den Wald nach Holz gegangen. Auf dem Rückweg stürzte er mit seiner Bürde infolge der Glätte so unglücklich zu Boden, daß er sich eine schwere Kopfverletzung zuzog. Der Verunglückte wurde in das Kreiskrankenhaus geschafft.

Gestohlen wurde dem Lehrer Walejko in Kruszwica sein Fahrrad, Marke „Stewens Fortuna“, mit der Registrierungsnummer Brodnica 314 984, im Werte von ca. 100 Zł. Außerdem ließen die Diebe 10 Hühner mitgehen. Ferner wurden gestohlen dem Besitzer Arnold Pehlke in Griewenhof (Grzybowo) durch Einbruch etliche Anzüge und Wäsche, dem Waclaw Grajkowski ebendaselbst in der selben Nacht von wahrscheinlich denselben Dieben ein Schwein und dem Besitzer Pukrzynski in Swierczyn von unbekannten Tätern fünf Hühner, vier Gänse und zwei Enten.

Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten Butter 1,00 bis 1,20, Eier 1,60—1,70 die Mandel. Auf dem Schweinemarkt war das Angebot größer als die Nachfrage. Die Preise waren sehr niedrig. Schwere Schweine brachten höchsten 38 Złoty pro Zentner. Viele Besitzer mußten ihre Schweine unverkauft nach Hause zurücknehmen.

**x Tempelburg (Sepolno), 24. Januar.** Ein Mühleneigentümer aus Grünlinde hatte sich vor längerer Zeit vor dem hiesigen Bürgergericht wegen Verbreitung staatsfeindlicher Nachrichten zu verantworten, wurde jedoch in der Gerichtsverhandlung freigesprochen. Die Verwaltungsbehörde hatte sich jedoch mit diesem Freispruch nicht zufrieden gegeben, denn der Mühleneigentümer erhielt ein Strafmandat wegen groben Unfugs. Diese Angelegenheit kam nun am 18. d. M. vor dem Konitzer Bezirksgericht zur Verhandlung. Nach nochmaliger Prüfung der Sachlage sprach das Bezirksgericht den Angeklagten von Schuld und Strafe frei. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Im Namen des Regierungsklubs sprach Abg. Melarski, der den Standpunkt vertrat, daß man für die schwierige Lage der Lehrerschaft nicht die Regierung verantwortlich machen könne, denn dies sei das Ergebnis der finanziellen Lage. Zum Schluss sprach Ministerpräsident Jędrzejewicz, der noch einmal zugab, daß es nahezu eine halbe Million Kinder in Polen gibt, die die Schule nicht besuchen können und daß die Lehrer zweifellos überlastet sind. Der Minister wandte sich besonders gegen den Vorwurf, als ob von den Schulbehörden ein Druck auf die Lehrerschaft in politischer Richtung ausgeübt würde. Es könne auch keine Rede davon sein, daß die Entlassung von Professoren ein Akt politischer Nächte gewesen sei.

Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden, Abg. Byrka, wurde zur Abstimmung geschritten, wobei die mit der Regierung vereinheitlichten Anträge des Referenten angenommen wurden.

## Das Minderheitenschulwesen in Polen.

Bei den Beratungen des Haushalts des Kultusministeriums im Sejmabschluß erscheint es besonders bemerkenswert, daß die Rede des polnischen Ministerpräsidenten und Kultusministers Jędrzejewicz über die Frage des Minderheitenschulwesens fast vollständig hinwegging. Die deutsche Minderheit wurde von ihm gar nicht erwähnt. Nur die Frage des ukrainischen Schulwesens streift der Ministerpräsident; ein Teil der polnischen Presse nimmt an, daß seine Ausführungen auf diesem Gebiet vielleicht eine gewisse Bedeutung für die Gesamtfrage des Nationalitätenrechts haben. Der Ministerpräsident sagte u. a.:

„Die Frage des ukrainischen Schulwesens ist mir persönlich schmerhaft, da ich selbst in der Ukraine aufgewachsen bin und das ukrainische Volk kenne. Seine Sprache und seine großen Talente stehen mir nahe. Es wird mir wohl niemand eine Abneigung zu diesem Volke nachsagen können. Wir sammeln ja die Früchte der früher auf beiden Seiten begangenen Fehler. Heute wäre es wohl Zeit, die Fehler zu verbessern und die scharfen Kämpfe in den völkisch-gemischten Gebieten einzustellen, um einem einträchtigen Zusammenleben Platz zu machen.“

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsauskunft beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

**M. W. 75.** 1. Ein selbstgeschriebenes Testament ist ebenso gültig, wie ein vor einem Notar erzeichnetes, und seine Gültigkeit ist nicht beschränkt. Zeugen sind nicht nötig. 2. Es genügt, wenn einer der Ehegatten — es kann also auch die Frau sein — das Testament schreibt und der andere Ehegatte, in ihrem Falle also der Mann, die Erklärung beisig, daß das Testament auch als sein Testament geltend soll. 3. Nach dem Tode der Erbbläser entstehen natürlich noch gewisse Kosten, deren Höhe in der Hauptheise von der Höhe der Beträge abhängt, über die durch das Testament verfügt worden ist. 4. Ganz kann man ein Kind nicht von einer Pflichtzeit, d. h. auf die Hälfte des geleglichen Erbes. 5. Wenn Sie schreiben: „Wir Eheleute X und Y legen uns gegenseitig als Erben ein“, so ist das richtig. Sie können dann etwa so fortfahren: „Nach dem Tode des Einen von uns geht unser ganzer Besitz auf den Überlebenden über, der darüber unbeschränktes Verfügungsberecht hat. Nach dem Tode des Zweiten geht unser gesamtes Eigentum auf unsere beiden Kinder über.“ Natürlich können Sie auch anders verfügen. S. B. können Sie das gefundene Kind zum alleinigen Nachkommen einsetzen und ihm die Verpflichtung auferlegen, für das andere fröhle Kind zu sorgen. Sie können im übrigen in das Testament hineinschreiben, was Sie wollen.

**A. M. P.** Die Angabe über die Einfuhr von Blumensamen aus Deutschland beruhte auf einem bedauerlichen Irrtum, den wir hierdurch berichtigten. Tatsächlich ist die Einfuhr von Gemüse- und Blumensamen, wie wir aus dem neuen Zolltarif feststellen, gegen Voll angelassen.

Schuljugend. Jeder Schüler müsse drei Nummern haben, die Nummer kostet aber 120 Złoty, so daß die Ausgabe der Eltern für 300 000 Kinder etwa eine Million beträgt. Die Organisation des Vereins zur Unterstützung des Baues von Volkschulen verdiente Anerkennung, aber die Ausführung dieser Idee müsse in einer Reihe von Bezirken geschmacklos genannt werden. Der Warschauer Kurator habe ein Rundschreiben erlassen, nach welchem die Schulhaumarken auf Schulzeugnisse zu kleben seien. Es heißt zwar, daß dies nicht einen Zwang darstelle, es werde jedoch der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sich kein Kind finden dürfe, das die Marke nicht benutzt. Dies sei ebenso, wie es mit den Postkarten nach Madeira gewesen ist. Gelinge es dem Lehrer nicht, alle Marken zu verkaufen, so lege er das Geld aus seiner Tasche aus, da er wisse, wie sehr es der Behörde an dem Verkauf dieser Marken gelegen ist. Die Bevölkerung betrachte dies als eine neue Steuer. Der Redner schilderte sodann die schwierige Lage der Privatschulen.

**Abg. Welykanowicz** (Ukrainischer Klub) beklagte sich darüber, daß die Bildungsbedürfnisse des ukrainischen Volkes nicht berücksichtigt würden. An Hand statistischen Materials wies er den ständigen Rückgang des ukrainischen Bestandes auf diesem Gebiet von Jahr zu Jahr nach.

**Abg. Tadeusz Bielecki** (Nationaler Klub) führte darüber Klage, daß das

### Hochschulgesetz ein politisches Werkzeug

sei. Man habe brutal bekannte Gelehrte und hervorragende Pädagogen, die sich nicht einmal mit Politik beschäftigen, entfernt, und dies habe mit Sparfamkeitsrücksichten nicht das geringste zu tun gehabt, da man doch für die aufgehobenen Lehrstühle andere eröffnet habe. Auf das gegenwärtige Erziehungssystem eingehend, kam der Redner zu dem Schluss, daß man schwache Charaktere, Verleumdung und Angst bilde. In der Schule herrsche eine vergiftete Atmosphäre der Verleumdung und des Denunziantentums. Unter der Schuljugend herrsche schon jetzt die Überzeugung, daß man das Reifezeugnis nicht erhält, wenn man seine regierungsfreundlichen Gefühle und Ansichten nicht manifestiert.

**Der deutsche Landwirt Westpolens.**  
Tagung der Welage in Posen — Geschäftsbericht für 1933 — Starke Besuch der Tagung — Sorgen und Nöte der deutschen Landwirtschaft.  
(Von unserem Posener Mitarbeiter.)  
S. Posen, 28. Januar.

Im Saale des Handwerkerhauses, ul. Ratajczaka 21 b, tagte heute von vormittags 10½ Uhr ab unter der Leitung des Vorsitzenden des Aufführungsrats, Frhr. von Massenbach-Konin, die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft e. V. Der 800 Personen fassende Saal einschließlich der Empore war bei der Gründung der Sitzung von Angehörigen der Landwirtschaft und zahlreichen Ehrengästen bis auf den letzten Platz besetzt.

Frhr. von Massenbach-Konin eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß er die diesjährige, die 10. Tagung der Welage, wieder eröffnet und den vollen Saal der Mitglieder begrüßen könne. Er dankt für das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder. Wieder habe er auch die Freude, eine große Anzahl von Gästen begrüßen zu können, u. a. den deutschen Generalkonsul Dr. Lüttgen und seinen Begleiter Frhr. von Tucher; als Vertreter der evangelischen Kirche die Mitglieder des Konsistoriums: die Konsistorialräte Nehring, Hein und D. Hildt, sowie andere evangelische Geistliche, den Direktor Dr. Kammer als Leiter der Inneren Mission; als Vertreter der katholischen Kirche die Domherren Steuer und Dr. Paech. Ganz besonders herzlich begrüßte er den neuen Führer des Deutschstums, Herrn von Wihleben. Vertreter der polnischen Landwirtschaftskammer und des Biemtwo Kredytowe hatten ihr Richterschein entstellt, da sie an der Beerdigung des Grafen Bielskowsky teilnahmen. Die Landwirtschaftskammer vertrat deren Direktor Morzycki. Als Vertreter der Universität war erschienen der Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät Dr. Stecki, als Vertreter der „Naczelnia Organizacja“ Ingenieur Radomyski; weiter Abg. Utta; als Vertreter des Landbundes Weichselgau von Maerker-Nalewko und von Detmering, des Landbundes Oberschlesiens Dr. Scholz, des Verbandes der Deutschen Geschäftsfrauenverbandsdirektor Dr. Smart, des Verbandes für Handel und Gewerbe Dr. Scholz. Nach einer weiteren

Begrüßung der Vertreter der Presse, hielt der Redner die beiden Professoren Dr. Noemer und Dr. Woermann der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Halle willkommen.

Der Redner schloß seine Begrüßungsansprache mit etwa folgenden Ausführungen: Im Gegensatz zu sonst, sehe er sich veranlaßt, seiner Ansprache noch einige Worte hinzuzufügen. Eine große Erregung gehe durch die Welt, die wohl uns alle, ganz besonders die Jugend erfaßt hat. Eine neue Weltanschauung breche sich Bahn. Auf sie im einzelnen einzugehen, erübrigte sich. Eins möchte er nur sagen. Diese neue Weltanschauung möchte ich auch als für unsere Organisation geltend ansprechen. Ihre Grundsätze sind Hilfsbereitschaft, Zusammenschluß, Pflichterfüllung, Treue zu unserem Volkstum und endlich Befolung des Wahlspruchs „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Daß diese Parole auch in Zukunft von der Welage befolgt werden möge, das ist mein Wunsch zu unserem 10-jährigen Jubiläum. (Langanhaltender Beifall.)

Hierauf erteilte der Vorsitzende, Frhr. von Massenbach das Wort Senator Dr. Busse-Tupadly zu seinem Vortrage „Neue Wege in unserer Agrarpolitik“, den wir im Wortschatz bereits in der gestrigen Nummer an leitender Stelle veröffentlicht haben. Die Versammlung dankte für die Ausführungen durch stürmischen Beifall. Frhr. von Massenbach schloß sich dem Danke an und unterstrich ganz besonders die Ausführungen des Redners gegen jede unverantwortliche Miesmacherei. Dadurch nähe man weder sich noch anderen. (Stürmische Zustimmung.)

In Anschluß daran erteilte Direktor Kraft den

### Geschäftsbericht für das Jahr 1933.

Dem bemerkenswerten Bericht, der die Belange der deutschen Landwirte Westpolens richtig und klar erkennt und die unter den bestehenden Verhältnissen unsagbar schwere Arbeit der Berufsorganisation der deutschen Landwirtschaft Westpolens kennzeichnet, sei eine Reihe von Einzelheiten entnommen. Direktor Kraft führt u. a. aus:

## Geschäftsbericht über das Jahr 1933.

Zum 10. Mal seit der Gründung unserer Gesellschaft treten die Mitglieder zur Generalversammlung zusammen. Zum 10. Mal habe ich die Ehre, Ihnen Rechenschaft über das, was im letzten Jahre in unserer Organisation geleistet worden ist, abzulegen. Es ist daher wohl angebracht, einen Rückblick zu tun.

Denken wir an die ersten Generalversammlungen zurück. Damals war unsere Gesellschaft im Aufbau begriffen. Es galt, den Landwirten deutscher Zunge klarzumachen, daß auch sie eine Organisation brauchen, die ihnen Freunde und Helfer ist. Zu den Berichten konnte gesagt werden, wie in jedem Jahr die Mitgliederzahl wuchs, die Organisation unseres Berufsstandes immer fester wurde. In dem Maße, in dem die Organisationsarbeit Fortschritte gemacht hatte, konnte an den Ausbau herangegangen werden. Wir wissen, daß in jenen Jahren unsere wirtschaftspolitische Lage eine grundlegend andere war als heute. Wir hatten, aufs Ganze gesehen, noch keinen Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten in unserem Staate.

Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt und zunächst Stillstand in den Jahren 1928/29. Dann wendete sich das Blatt. Wir lebten zunächst noch — leider allzu lange — in der Hoffnung, daß ein Aufstieg wieder erfolgen würde. Schließlich erkannten wir, daß es sich nicht um einen vorübergehenden Sonnenuntergang handelt, sondern um eine tief greifende und, wie wir heute wissen, lang andauernde Krise handelt. Das Land verarmte, die Konsumkraft sank und damit auch die Preise.

Die Hauptaufgaben waren:

1. durch Schaffung von Bewertungs- und Absatzmöglichkeiten den Rückgang aufzuhalten,
2. die Landwirtschaft von den schweren Lasten zu befreien, die sie in den Zeiten der Aufwärtsentwicklung auf sich genommen hatte, oder die ihr in jenen Zeiten aufgebürdet worden waren, und schließlich
3. durch geeignete Beratung der Mitglieder die Anpassung der einzelnen Betriebe an die veränderten Produktionsbedingungen zu erleichtern.

Der Stand der Organisation selbst hinsichtlich der Mitgliederbewegung und demnach auch ihrer finanziellen Sicherstellung entsprach in jenen Jahren der eben gezeichneten allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Dem Aufstieg folgte ein Stillstand und schließlich eine Abwärtsentwicklung, über die vor einem Jahr hier auch offen gesprochen worden ist. Erfreulicherweise war aber der Rückgang im Mitgliederstand und in der Beitragszahlung nicht so stark wie die wirtschaftliche Verschlechterung. Dennoch war die Lage ernst, weil das Tätigkeitsgebiet unserer Gesellschaft nicht eingeschränkt werden konnte. Gerade im letzten Geschäftsbericht ist an einer Reihe von Zahlen gezeigt worden, wie viel stärker die Finanzierung der Organisation durch die Mitglieder auf allen Gebieten geworden ist. Wir haben dennoch diesen Zustand mit Genugtuung festgestellt, weil er zeigte, daß tatsächlich die Organisation das geworden war, was sie werden sollte: eine unentbehrliche Hilfsquelle für den Landwirt in seiner täglichen Arbeit, in seinen Sorgen und Nöten.

Das wirtschaftliche Wohl aller Bewohner wie auch des Staates selbst ist in besonders starkem Maße von der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft abhängig. Somit ist es für uns eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, im Zusammenwirken mit den polnischen landwirtschaftlichen Organisationen und den hohen Staatsbehörden unsere Kraft für die Wiedererlangung des Wohlstandes der Bevölkerung einzusetzen. Wir danken heute allen beteiligten Behörden und Verbänden, daß sie uns auch im letzten Jahre reichlich Gelegenheit gegeben haben, an diesen Aufgaben mitzuwirken. Insbesondere begrüßen wir es, daß wir als Mitglied der Hauptorganisation für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Industrie Westpolens in den allgemeinen berufständischen Aufbau unseres Staates eingegliedert sind und möchten wünschen, daß es dem gemeinsamen Wirken aller berufständischen Körperschaften bei einer hoffentlich bald eintretenden allgemeinen Besserung der Weltwirtschaftslage, von der wir selbstverständlich in starkem Maße abhängig sind, gelingen möge, die Landwirtschaft wieder gesund und lebensfähig zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, mußten wir darauf bedacht sein, unsere Lasten zu senken und Maßnahmen zu erwirken, die der außerordentlichen Notlage Rechnung tragen. Auch diese Bemühungen vollzogen sich vorwiegend durch die Mitarbeit in der vorhin erwähnten Hauptorganisation. Erfolge konnten verzeichnet werden. Die Regierung hat durch eine Reihe von Gesetzen dem Bestreben Ausdruck gegeben, unsere Lage zu erleichtern. Ich erwähne die Gesetzgebung über den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft und damit zusammenhängend die Verordnungen über die Einrichtung von Schiedsgerichten. Die Erbschaftsteuer, die in ihrer früheren Höhe eine starke Existenzgefährdung bedeutete, ist ganz wesentlich — auf etwa ein Fünftel der früheren Höhe — gesenkt worden. Eine Erleichterung brachte auch die durch Schiedsspruch der Regierung bewirkte Heraussetzung der Arbeiterlöhne. Ein besonders zu unterstreicher Erfolg war die Änderung der Sozialgesetzgebung; vor allem hat die Befreiung der Landwirtschaft von der Krankenkasse, für die wir uns seit vielen Jahren immer wieder eingesetzt haben, eine starke Entlastung gebracht.

Es ist eingewendet worden, daß die Bemühungen, die Lasten der Landwirtschaft zu senken, die Rücksicht gegenüber anderen Bevölkerungsschichten vermissen ließen. Demgegenüber muß betont werden, daß wir den Ausweg aus der drückenden Not in erster Linie darin suchen müssen, durch bessere Preis- und Absatzverhältnisse die Landwirtschaft wieder lebensfähig zu machen, daß wir aber, da nicht die Aussicht besteht, wieder auf einen solchen Hochstand wie im Jahre 1928 zu kommen, uns nicht nur auf die Hoffnung verlassen können, daß unsere Einnahmen höher werden, sondern auch die Ausgaben vermindern müssen. Wir lassen dabei aber nicht außer acht, daß mit den in dieser Richtung gezeichneten Bemühungen auch das Bestreben Hand in Hand gehen muß, daß jeder Einzelne seinen Betrieb in der Wirtschaftsführung der veränderten Lage anpaßt. Und damit komme ich auf das Gebiet der fachlichen Beratung.

Der Gedanke der Selbsthilfe ist in unserer Arbeit stets sehr stark zum Ausdruck gekommen. Neuerdings ist ein

wachsendes Interesse an den Versuchs- oder besser gesagt: Wirtschaftsringen zu verzeichnen. Im Gegensatz zu früher tritt auch in ländlichen Kreisen der Willen hervor, durch die Ringarbeit den einzelnen Betrieb bis ins Leite zu erfassen und zu kontrollieren. Die fachliche Beratung, die in den Seiten des Preissturzes der letzten Jahre in den Hintergrund getreten war, nimmt wieder zu. Das Interesse der Mitglieder zeigt sich durch verstärkte Finanzierung aller entsprechenden Einrichtungen unserer Gesellschaft. Die Zahl der Fachvorträge in den Versammlungen und der Fachartikel im Centralwochenblatt ist gestiegen und damit zusammenhängend auch die Zahl der Versammlungen und ihrer Besucher.

### Die Mitarbeit der Landfrauen,

denen ja besonders im ländlichen Betriebe eine wichtige Rolle in der Wirtschaftsführung zufällt, ist weiter gewachsen. Unser Frauenausschuß hat hier wesentliche Arbeit geleistet, durch besondere Versammlungen und Veranstaltungen das Interesse weiter geweckt und durch seine Veröffentlichungen im Beiblatt des Centralwochenblattes "Für die Landfrau" viele Anregungen und Belehrungen gegeben.

Auch die ländliche Jugend beiderlei Geschlechts hat eine größere Anteilnahme an der Arbeit der Organisation gezeigt. Dem Gedanken der Selbsthilfe entspricht es, wenn wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles unternommen haben, um dieser Jugend jede denkbare fachliche Förderung durch Kurse, Vorträge und Sondertagungen zuteil werden zu lassen. Wir werden diese erfreuliche Aufgeschlossenheit der Jugend noch weiter dazu benutzen, um sie durch Eingliederung in die Vereinstätigkeit noch mehr an der fachlichen Belehrung teilnehmen zu lassen. Durch landwirtschaftliche Fortbildungs- und für die weibliche Jugend Haushaltungskurse müssen wir ihr das Wissen und Können vermitteln, das die Masse bei dem Fehlen einer genügenden Zahl von Fachschulen nicht erwerben kann. Dies ist doppelt notwendig, da bei der heutigen schwierigen Lage ein großer Teil der Bauern nicht im Stande ist, größere Mittel für diese Ausbildung auszubringen.

Auch sonst ist die Beanspruchung unserer Einrichtungen durch die Mitglieder weiterhin gewachsen. Die schon erwähnten Gesetze, die eine Entlastung der Landwirtschaft bezeichnen, wie Vollstreckungsschutz, Steuer- und Sozialversicherungsgesetze, bringen ja eine starke Belastung für die Organisation. Es erwächst ihr die Aufgabe, die Mitglieder mit den neuen Gegebenheiten vertraut zu machen, und Sie wissen selbst, welche Fälle von Arbeit wir z. B. allein bei der Auflösung über die Neuordnung der Heilhilfe leisten müssten. Darüber hinaus — auch wieder begründet durch die wirtschaftliche Not — lassen sich die Mitglieder in allen Steuer- und Rechtsfragen in immer größerem Umfang durch die Organisation beraten.

Folgende Zahlen veranschaulichen das Bild: Die Zahl der Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen unserer Vereine ist von 1050 im Jahre 1931 und 1150 im Jahre 1932 auf über 1200 gestiegen. Die außerdem in zahlreichen Orten in der Provinz außerhalb der Geschäftsstelle eingerichteten Sprechstunden haben die Zahl von fast 700 erreicht. Auch der Besuch auf den Geschäftsstellen ist gewachsen. Die Bezirksleiter haben in ihren Büros durchschnittlich 14 Mitglieder täglich — in jeder Geschäftsstelle — abgefertigt. Die Besucher der Hauptgeschäftsstelle in Posen sind zahlenmäßig nicht einwandfrei erfaßt. Aber Sie alle, die Sie unsere Hauptgeschäftsstelle aufgesucht haben, um dort etwas zu erledigen, sind sicherlich unwillig gewesen, daß Sie in den meisten Fällen warten oder sogar auch unverrichteter Dinge fortgehen mussten. Das bestätigt nur, daß wir mit dem vorhandenen Personal den Ansprüchen unserer Mitglieder nicht mehr genügen können. Um diesem Mangel abzuholen, müssen wir uns entschließen, weiteres Personal einzustellen. Auch ein Abbau der Außengeschäftsstellen kam unter diesen Umständen nicht in Frage. Vielmehr haben wir uns zur Neuerrichtung eines Büros in Wollstein entschließen müssen.

So erfreulich es ist, daraus zu entnehmen, wie groß die Bedeutung unserer Organisation für die Mitglieder ist, mußte uns diese Entwicklung vom Standpunkt unserer Finanzen gefallen, mit Sorge erfüllen. Vor einem Jahr haben Sie gehört, wie ernst die Lage durch einen gewissen Rückgang der Mitgliederzahl und unzureichende Beitragszahlung sowie teilweisen Beitragsausfall war. Eine weitere Verschlechterung hätte unsere Arbeit beeinträchtigt, an entscheidenden Stellen vielleicht sogar lahmgelegt. Glücklicherweise ist diese Verschlechterung nicht eingetreten. Wir haben anscheinend den Tiefpunkt überschritten. Der Beitragseingang hat sich im Jahre 1933 etwas gebessert. Wir sind aber von dem Stand der Jahre 1928/29 noch sehr weit entfernt und müssen den dringenden Appell an Sie alle richten, selbst durch die Tat und durch Einwirkung auf Ihre Berufsgenossen alle Anstrengungen zu machen, um in diesem Jahr eine weitere Besserung herbeizuführen.

Ich möchte nun zum Mitgliederstand kommen. Die Zahl wurde im Vorjahr mit 10 200 angegeben. Heute bezeichnen wir die Zahl wieder mit 10 700, womit kommt wir den Stand vom Jahre 1931 wieder erreicht haben. Unter den 10 700 befinden sich 369 neu hinzugekommene, früher nicht in unseren Listen geführte Mitglieder, ein Beweis, daß trotz der großen Not — oder wohl wegen der großen Not — immer noch Landwirte, die uns bis dahin ferngestanden haben, zu uns finden. — Bezüglich der Fläche, für die die Beiträge abgeführt wurden, liegt der Stand leider nicht ganz so günstig, weil wir Abgänge durch die Agrarreform und durch die Zahlungsunfähigkeit einiger Güter, die in Zwangsverwaltung genommen worden sind, zu verzeichnen haben. Wir kommen daher bei vorsichtiger Rechnung über die im vergangenen Jahre angegebene angeschlossene beitragspflichtige Fläche von 1,3 Millionen Morgen kaum hinaus. —

Meine Ausführungen haben Ihnen nicht sagen können, daß unsere Not überwunden ist. Aber es sind doch einige Erfolge für Sie zu verbuchen. Auch die Organisation als solche scheint, wenn man aus der großen Finanzierung und dem Interesse, das sich daraus ergibt, schließen darf, gesichert, wenn auch die Leistungen, die die Mitglieder für die Organisation aufbringen, gleichen Schritt halten mit den Leistungen, die die Mitglieder für sich von der Organisation erwarten. So gesehen bietet der heutige Bericht ein günstigeres Bild als der vorjährige.

An einer ernsten Tatsache aber dürfen wir wohl nicht vorübergehen. In den vergangenen Jahren ist die Einigkeit in unserer Organisation vornahmlich gewesen; es gab keinen Zwiespalt, keine Sondergruppen. Das

## In Danzig

nimmt unsere Filiale von

Tel. 21984 H. Schmidt, Holzmarkt 22 Tel. 21984

## Insetrate und Abonnements

zu Originalpreisen für die

## „Deutsche Rundschau“

entgegen.

Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

ist im Jahre 1933 leider anders geworden. Wir haben in den letzten 6 Monaten eine starke Agitation erlebt. Vieles Misstrauen ist durch unbeweisbare Behauptungen geschaffen, Misstrauen gegen die Führung der Organisation gesetzt worden. In den allerletzten Wochen ist eine Gruppe Unzufriedener planmäßig dazu übergegangen, den Bestand unserer Organisation zu erschüttern. Mitglieder durch allerlei Versprechungen aus unseren Reihen herauszuziehen. Ob diese Versuche zur Störung der Einheit Erfolg haben werden, wird sich erst im Laufe des Jahres 1934 zeigen. Wir hoffen jedoch zuversichtlich, daß der gesunde Sinn des Bauern diesen Versuchungen widersteht, daß er zwischen Führern und Verführern unterscheiden kann. Wir bilden eine Gemeinschaft, von der sich niemand ausschließen, eine Gemeinschaft, die, je größer die Not, umso stärker zusammenhalten sollte. Wir haben als Glieder unseres Volkstums und des Staates, dem wir zugehören, unsere Pflicht zu tun, und hier erwähnt für jeden, der mitarbeiten will, ein weites Tätigkeitsfeld. Nicht Kritik und die Verbreitung von Misstrauen sind die Eigenschaften, die den Auspruch auf Führung geben, sondern anstrengende, uneigennützige Arbeit.

Es entspricht dem von unserem Vorstand und Aufsichtsrat von je her befolgten Grundsatz, der die einmütige Billigung unserer letzten Delegiertenversammlung gefunden hat, wenn ich sage: Wir müssen darauf sehen, daß jeder Einzelne sich zunächst im kleinen Kreise seines Berufes, seines Vereins bewährt, bevor er in unserer Organisation eine führende Stellung für sich beansprucht, denn nur der wird einmal richtig anordnen können, der es auch gelernt hat, sich einzurichten.

Diese klaren, von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen des Redners wurden mit einem stürmischen Beifall gelobt.

Nach einer kurzen Pause folgte der erste wissenschaftliche Vortrag des Professors Dr. Roemer, ein Lichtbildvortrag über „Neuere Fortschritte auf dem Gebiete des Acker- und Pflanzenbaus“. Der Vortrag schloß sich in seinen Tendenzen und Ideen dem Buche des Professors Dr. Häuser an, die Professor Dr. Roemer scharf unterstrich. Er erörterte in seinem mit gesunden Humor gewürzten Vortrage einmal die Wege zu einer Billigung der Ackerwirtschaft. Im zweiten Teile seiner Ausführungen beleuchtete der Vortragende die neueren Fortschritte auf dem Gebiete des Pflanzenbaues. Der Vortrag erntete ebenfalls langandauernden Beifall.

Der Nachmittag brachte um 3 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses eine gleichfalls ausgezeichnete Versammlung.

## Landfrauenversammlung

unter der Leitung von Frau Margarete von Treskow-Radojewo, die die Erschienenen mit einer herzlichen Ansprache begrüßte. Lebhafte Interesse erwirkte der erste Vortrag der Frau von Loeßch-Jablonowo über „Lehrhaushalte“. Nach diesem Vortrag sollte der Bauernhochschulleiter Kahn aus Reichenbach in der Oberlausitz über „Landleben in Wort und Bild“ sprechen. Leider hatte er aber die Einreisegehnigung nicht erhalten. An seiner Stelle sprach Fr. Dr. med. Weidemann-Posen über „Frage nennenswerte Massenhygiene“. Den Schluss der gelungenen Veranstaltung bildete eine Führung heiterer Inhalts durch die Spielschule Posen.

Um 3½ Uhr begann im Handwerkshaus der zweite wissenschaftliche Vortrag des hier von seinen früheren Vorträgen her bestens bekannten Professors Dr. Woermann-Halle a. S. über

„Grundsätze und Wege organischer Betriebsgestaltung“. Der von der Versammlung mit Beifall begrüßte Redner erklärte zum Beginn seines Vortrages, daß er es für angebracht empfand, grundsätzliche Klarheit in der organisatorischen Betriebsgestaltung zu schaffen. Er verglich zunächst die Veredelungs- und Rohstoffländer und betrachtete den Zusammenbruch der Weltmarkte, die Vereinsamung auf dem Weltmarkt. Weiter wies er auf die in Deutschland getroffenen Maßnahmen durch die Festsetzung von Mindestpreisen und durch das Reichsverbundgesetz hin. Die Ausfuhr länder, darunter auch Polen, haben zu anderen Maßnahmen greifen müssen. B. zur Bewilligung von Ausfuhrprämien. Der Vortragende betrachtete darauf bezüglich der organisatorischen Betriebsgestaltung die Futterwirtschaft und die Viehhaltung. Er erörterte in diesem Zusammenhang den Zucker-, den Zuckerrüben- und den Kleegrasbau, sowie die Wichtigkeit der Schafhaltung und ihre zweckmäßige Organisation. Weiter streifte er die Schweinehaltung, die Preise für Schweine und für Molkereiprodukte. Der Vortragende schloß unter stürmischem Beifall mit dem Wunsche auf die deutsche Einigkeit und für das Wohlergehen unserer Bauernschaft seinen feierlichen Vortrag.

Nach diesen Ausführungen schloß der Vorsitzende Fr. von Massenbach die Versammlung mit Worten des Dankes an die gesamte Beamtenchaft der Welle für die von ihr geleistete Arbeit. Ein Hoch auf den Vorstand der Welle wurde von der Versammlung mit Freuden aufgenommen.

## Verlangen Sie überall

auf der Nelle, im Hotel, im Restaurant,  
im Café und auf den Bahnhöfen die

## Deutsche Rundschau.

